



NEUDRUCK

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

18. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:33 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|---|---------------|
| 1 | Der Imkerverband Rheinland e. V. und der Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e. V. stellen sich vor | 7 |
| | – Gespräch mit sachverständigen Gästen (<i>s. Anlage</i>) | |
|
2 |
Gesetz zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften |
22 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4183 | |
| | – Abschließende Beratung und Abstimmung | |
| | – keine Wortbeiträge | |
| | Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4183 mit den Stimmen aller Fraktionen zu. | |

3 **Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.** 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4592

Und

Unsere Natur und Heimat aufgrund ihres Eigenwertes schützen – die Biodiversität neu denken – den Klimaschutz nicht über die Belange des heimischen Natur- und Artenschutzes stellen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2563

Ausschussprotokoll 18/217 (Anhörung am 19.04.2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2480 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/4592 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 18/2563 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

4 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen 28

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23. Mai 2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

Und

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– Wortbeiträge

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

5 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 29

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

6 Mithilfe von Agroforstsystemen Synergieeffekte für Naturschutz und Landwirtschaft schaffen 31

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3661

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3661 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, SPD und AfD ab.

7 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update 34

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

– keine Wortbeiträge

Die FDP-Fraktion beantragt eine Anhörung.

8 Stand Aktivitäten der Ökomodellregion (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 35

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1312

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1312 zur Kenntnis.

- 9 Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für NRW-Milchviehbetriebe** **36**
(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1293
- Wortbeiträge
- 10 Einführung einer Rohstoffabgabe** *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion* **41**
[s. Anlage 5])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1294
- Wortbeiträge
- 11 Stellen Nutrias eine Gefahr für die NRW-Deiche dar?** *(Bericht beantragt* **45**
von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1297
- Wortbeiträge
- 12 Verschiedenes** **49**

1 Der Imkerverband Rheinland e. V. und der Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e. V. stellen sich vor

– Gespräch mit sachverständigen Gästen (s. Anlage)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Der Imkerverband Rheinland e. V. und der Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e. V. stellen sich heute hier vor. Der Ausschuss ist auf der Grünen Woche mit Ihnen ins Gespräch gekommen und hat eine Einladung an Sie ausgesprochen. Wir freuen uns, dass Sie heute da sind. Vom Imkerverband Rheinland sind Herr Dirk Franciszak und vom Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker Herr Dr. Thomas Klüner und Heino Rinne gekommen. Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie da sind. Unser Interesse ist groß. Würden Sie drei uns informieren: Was sind Ihre aktuellen Themen? Dann würden wir sehr gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wer würde zuerst anfangen? – Der größere Verband, bitte schön.

Dr. Thomas Klüner (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker): Stimmt nicht ganz, der Schwesterverband ist größer, aber in Nordrhein-Westfalen vertreten wir mehr Imker, weil sich der Verband Rheinland auf Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz erstreckt. Beide Verbände sind 1849, also vor sehr langer Zeit, gegründet worden, und zwar im Raum Lippstadt. Der Hintergrund war, dass die Gründer dem „armen Manne“ bei der Vermehrung seiner Einnahmen durch die Verbreitung und Verbesserung der Bienenzucht behilflich sein wollten, also ein soziales Anliegen. Und der Verein ist als demokratischer Club gegründet worden, also zwei wichtige Säulen: demokratisch und sozial. Und das ist das, was auch beide Verbände immer gelebt haben und leben.

Die Verbände haben sich 1886 getrennt. Wir haben den Westfälischen Hauptverein für Bienenzucht gegründet. Die Trennung hatte nicht den Grund, dass wir uns gestritten haben, sondern die Entfernungen sind groß. Das haben wir beide heute aus Lippe und aus Ostwestfalen wieder gemerkt, als wir nach Düsseldorf fahren durften. So wäre es, wenn wir in die Rheinprovinz in Rheinland-Pfalz gefahren wären, ja noch weiter gewesen. Das war also der Grund.

Im Jahre 1946 schloss sich dann der Landesverband Lippe unserem Imkerverband an. Seitdem heißen wir Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker. Wir haben 29 Kreisimkervereine und 215 Imkervereine, und in diesen sind rund 10.200 Mitglieder mit rund 69.000 Bienenvölkern organisiert. Die Aufgaben, die wir haben, sind: Wir vertreten die Interessen der Bienenhaltung, um zum Schutz und zur Erhaltung einer gesunden Landschaft und Umwelt eine sachgemäße Imkerei und Bienenzucht zu erhalten und zu fördern.

Und das ist der nächste Aspekt, der für uns wichtig ist, nämlich der Umweltgedanke. Dazu gehört bei uns, dass wir unsere Imkervereine und Kreisvereine betreuen und anregen wollen, aktiv zu sein. Wir betreiben Nachwuchsförderung, Beratung und Schulung der Imkerinnen und Imker über eine zeitgemäße Bienenhaltung, und wir

fördern natürlich auch die Zucht einer friedlichen, sanftmütigen Honigbiene. Wir gewährleisten unseren Mitgliedern Versicherungsschutz und vermitteln Beratung in Rechtsfragen. Wir überwachen die Honigqualität. Wir führen in jedem Jahr die größte Honigbewertung Deutschlands durch mit über 1.000 Honiglosen, die bewertet werden, und haben damit 10 % unserer Imker erfasst und können schon einen guten Querschnitt über die Honigqualität in Westfalen und Lippe geben. Außerdem führen wir Rückstandsanalysen durch und können auch da erkennen, wo Schwachstellen in der Landwirtschaft sind, wo wir also mit der Landwirtschaft reden können und müssen, wie wir diese Problematik in den Griff kriegen.

Die Förderung der Wissenschaft ist auch ein Thema und natürlich die Förderung der Bienengesundheit. Da unterstützen unsere Bienensachverständigen auch die entsprechenden Veterinärverwaltungen der Kreise bei der Bekämpfung von Bienenkrankheiten, aber es werden natürlich auch unsere Imker entsprechend informiert.

Ein Satzungsziel haben wir vor zehn Jahren aufgenommen, und das heißt Förderung und Schutz von Bienen in einer Umwelt, in der alle blütenbesuchenden Insekten ausreichend Nahrung finden und nicht gefährdet sind. Das heißt, wir betreiben nicht nur Nutzen, sondern wir wollen auch für eine gute Umwelt sorgen, nicht nur für die Bienen, sondern auch für andere Insekten. Das realisieren wir durch den Vorstand, durch unsere Geschäftsstelle.

Wir haben zwei Planstellen, die sich auf vier Bedienstete verteilen, und wir haben zehn Obleute, die sich mit den Gebieten Bienengesundheit, Bienenweide Natur- und Umweltschutz – der Kollege Rinne betreibt dieses Thema –, Honig, Honigvermarktung, Imkerjugend, Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätssicherung und Zertifizierung, Rechtsfragen, Schulungen und Zuchtwesen beschäftigen. Das als Einstieg, was wir so machen. – Danke.

Dirk Franciszak (Imkerverband Rheinland): Der Kollege hat es gerade gesagt: Wir sind in Nordrhein-Westfalen anhand der Imkerzahlen der kleinere Verband mit 9.200 knapp dahinter, dafür haben wir in Rheinland-Pfalz von den 7.000 Imkern allein 3.700. Das hat natürlich den entscheidenden Vorteil, wenn man in zwei Bundesländern unterwegs ist als drittgrößter Landesverband in Deutschland, der einzige in zwei Bundesländern: Man kann von beiden Bundesländern lernen – oder auch nicht. Das hat natürlich den Spaß, dass man doppeltes Programm hat, bei den Ministerien, bei den Ansprechpartnern.

Entscheidend ist nur: In beiden Bundesländern wird anders geimkert. Das scheint wohl auch kulturell so bedingt zu sein, ist natürlich eine spannende Herausforderung, aber summa summarum muss man sagen: Mit 62.000 Bienenvölkern in Nordrhein-Westfalen und 25.000 Bienenvölkern in Rheinland-Pfalz machen wir schon einiges für die Bestäubung, summa summarum 87.000 Bienenvölker. Als ich vor zehn Jahren übernommen habe, waren es noch 37.000 Bienenvölker und 6.000 Imker. Wir müssen uns keine Sorgen um die Honigbiene machen, solange wir dafür Sorge tragen, dass es unseren Imkern gut geht. Denn die sorgen auch dafür, dass es der Honigbiene gut geht. Wo wir den Fokus mehr drauf setzen müssen, sind die Wildbienen. Aber das ist ein anderes spannendes Thema.

Über die Geschichte hast du schon einiges erzählt, Thomas. Dann vielleicht zu dem, was uns momentan als Imkerverband Rheinland so bewegt, aktuelle Themen. Das ist zum einen die Velutina. In Rheinland-Pfalz haben wir sie schon, da haben wir auch eine Taskforce, die sich darum kümmert. In Nordrhein-Westfalen sind wir noch ein bisschen zurückhaltender, da werden wir wahrscheinlich erst die Zuständigkeiten prüfen müssen. Dann haben wir noch ein großes Thema, die Naturschutzbereiche, weil alle Welt redet von Nahrungskonkurrenz Wildbiene/Honigbiene. Kaum einer weiß so richtig, dass die Honigbiene eigentlich aus dem Wald kommt und da zuhause ist. Warum sollen wir sie aus den Naturschutzgebieten rausholen? Kaum einer weiß auch, wie die Population der Wildbiene in den jeweiligen Bereichen ist.

Ein netter Mathematiker hat in Baden-Württemberg mal ausgerechnet: Wenn man um jedes Naturschutzgebiet in Baden-Württemberg noch einen 3-km-Radius zieht und das alles bienenfrei macht, also honigbienefrei, ist 43 % von Baden-Württemberg honigbienefrei. Ob man das so will, weiß ich nicht. Das sind so Themen, die bei uns momentan schwer diskutiert werden.

Das dritte Thema: gepanschter Honig. Da hat die EU jetzt ihr Statement zu abgegeben. Wenn man sich überlegt, dass 20 % – also jeder fünfte Honig in Deutschland – gepanscht ist, gestreckt ist mit Sirup, dann muss man sich mal überlegen, wie man da anders mit umgeht. Das sind so unsere Themen, die uns beschäftigen und die richtig aufreibend sind. – Danke.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank für die sehr präzise Vorstellung und Darlegung der Themen. Ich schaue jetzt gleich in die Runde. Da gibt es schon die erste Frage von der SPD-Fraktion.

René Schneider (SPD): Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Herren! Noch mal an dieser Stelle herzlichen Dank von Seiten der SPD-Landtagsfraktion, dass Sie heute hierhergekommen sind und berichten, nicht nur von Ihrem Hobby, denn es ist ja so viel mehr. Sie haben es gerade ansatzweise geschildert.

Ich habe drei Fragen schon mal mitgeschrieben, es mögen noch welche dazukommen, auch in der Folge. Herr Franciszak, Sie haben gesagt, Sie sind in zwei Bundesländern aktiv, und man erlebt beide Bundesländer. Das reizt zu der Frage, was wir von Rheinland-Pfalz lernen können bzw. negativ ausgesprochen: Was machen wir vielleicht in NRW noch nicht so richtig gut im Kontakt, in der Förderung, in der Unterstützung von Imkerinnen und Imkern?

Die zweite Frage, die ich direkt anschließen möchte, war das Stichwort „Wildbienen“, das Sie auch aufgebracht haben. Da die Frage an Sie alle drei, inwiefern Sie als Imkerinnen und Imker auch etwas für die Wildbiene tun können, was ja nicht ad 1 in Ihrem Hobby liegt, was quasi noch etwas wäre, was sie obendrauf täten.

Dann die Frage: Gibt es die Notwendigkeit zu unterstützen? Wenn Sie das tun sollen, brauchen Sie dafür Geld, Unterstützung anderer Art und Weise? Es liegt ja auch im Interesse des Landes, die Wildbiene ein Stück weit zu fördern, zu schützen.

Dann nehme ich die dritte Frage auch noch mit rein, weil sie passt. Wir reden hier im Landtag ganz oft, heute auch, über Biodiversität, also über den Rückgang der Arten. Nehmen Sie das als Menschen, die viel in der Natur sind, die viel mit Insekten zu tun haben, auch so wahr, oder sagen sie „wir merken da gar nichts von“? – Natürlich außerhalb Ihrer eigenen Bienenvölker gesprochen, da geht ja die Population hoch. Aber wie ist Ihre Wahrnehmung draußen in der Natur? Haben wir ein Problem mit der Biodiversität, oder wie nehmen Sie es wahr?

Dirk Franciszak (Imkerverband Rheinland): Das mit der Förderung, was Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen unterschiedlich machen, das war eine Steilvorlage. Denn Rheinland-Pfalz gibt mir für meine 3.700 Imker ohne EU-Förderung alleine schon über 100.000 Euro Mittel. Nordrhein-Westfalen ist da ein bisschen zurückhaltender, da bekomme ich für meine 9.000 Imker, wenn ich Glück habe, 84.000 Euro. Letztes Jahr habe ich von den 84.000 Euro noch mal 37.000 Euro zurückzahlen müssen, weil die EU-Stelle anderer Meinung war zu den Fördereinheiten. Insofern, ja, Nordrhein-Westfalen könnte mehr geben. Die Frage ist – nicht einfach so mit der Gießkanne, wir sollten uns überlegen, wie wir es gezielt machen, damit wir alle was davon haben, damit das Land auch weiß, dass das Geld richtig genutzt wird und dass wir einen Nutzen haben, der auch ablesbar ist, dass wir Nachhaltigkeit auch da haben.

Zu der Frage 3 mache ich es auch ganz spannend. Ja, Biodiversität, die Wildbiene hat keine Lobbyisten. Das ist natürlich ein Problem. Wir versuchen, die Wildbienen mit unter unsere Fittiche zu nehmen, da, wo es geht. Aber es ist ein völlig anderes Thema, eigentlich. Das eine sind Zigtausende in einer Kiste, und hier sind Solitärbienen, die auch in der Erde leben – 85 % der Wildbienen leben in der Erde. Ich finde es immer spannend, wenn wir da Nisthilfen hinmachen, die werden nie voll, weil ja auch keine Pflanzen da sind.

Und da fängt schon Ihre zweite Frage mit an. Das Nahrungsangebot ist, leider Gottes!, schlecht. Wir haben die Landschaft so ausgeräumt und so bereinigt, dass es diese sogenannten „Eh da-Flächen“ kaum mehr gibt. Und das sind natürlich die prädestinierten Flächen für die Wildbienen. Ich weiß nie, welche Wildbienenart jetzt vor Ort ist. Aber wir sind mittlerweile in der Diskussion so weit in der Öffentlichkeit: Wenn ein seltener Falter auf dem Weg von Punkt A nach Punkt C bei Punkt B ver stirbt, wird sofort ein Naturschutzgebiet um den Punkt B herum gemacht, und alles andere wird verdrängt.

Wir müssen anders denken. Wir müssen wieder schauen: Was war denn 1950? Da hatten wir 1,2 Millionen Bienenvölker in Deutschland. Da hatten wir noch mehr. Und heute reden wir von Nahrungskonkurrenz und, und, und. Früher sind die Wildbienen und Honigbienen auch miteinander klargekommen. Die Imkerschaft ist so tough unterwegs, dass sie sagen: Okay, wenn wir erkennen, dass da wirklich eine Wildbienenart in die Bredouille kommt, dann sind wir die letzten, die darauf bestehen, dass unsere Bienenvölker da stehenbleiben. Es macht schon Sinn, die Bienenvölkerpopulation gebietsweise ein wenig zu entmüllen, um auch die Biodiversität zu erhalten. Da sind die Imker die letzten, die darauf beharren.

Aber es muss ein vernünftiger Dialog sein und nicht einfach pauschale Schuldzuweisung, wie wir sie jetzt momentan diskutieren. Die Naturschutzverbände sagen da einfach, ja, Nahrungskonkurrenz, aber wenn man einen Naturschützer fragt, „wie sieht die denn aus? Wie war die Population vor 15, zehn, fünf Jahren? Welche Bienen leben hier? Von was leben die?“, dann kommt nur gähnende Leere. Aber großes Wetter: Die Honigbienen stören. Da müssen wir langsam anfangen, anders zu formulieren, andere Gesprächskanäle zu öffnen. Ansonsten geht das nicht.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Wir haben eine lange Liste von Fragen an Sie alle. – Herr Dr. Kaiser von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Herzlichen Dank. Herzlichen Dank auch an Sie, dass Sie heute hier sind. Herr Klüner, ich habe eine Frage an Sie. Sie haben schon von den Rückständen gesprochen. Es ist mittlerweile bekannt, dass bestäubende Insekten sehr gefährdet sind durch die Wirkstoffgruppe der Neonics, der Neonicotinoide. Die meisten oder viele davon sind mittlerweile im Freiland verboten. Ein anderer Wirkstoff ist weiterhin zugelassen. Produkte, die im Handel käuflich sind, sind das Mospilan oder Danjiri. Die Rückstände dieses Produktes reichern sich auch im Honig an, und die Anwendung ist nur noch zulässig im Raps kurz vor der Blüte, das heißt, auch dann, wenn die Bienen fliegen.

Jetzt wäre die Frage: Wenn eine Kontamination unterhalb lebensmittelrechtlich zulässiger Grenzwerte stattfindet, dann entspricht das aber nicht den Verbraucher- und Verbraucherinnenerwartungen. Der deutsche Honig, das ist eben schon angesprochen worden – es ging um einen anderen Fall, das Gepansche –, hat den Ruf eines sehr naturreinen Produktes. Wie gehen Sie damit um? Sehen Sie da, und wenn ja wo, politischen Handlungsbedarf? – Danke.

Dr. Thomas Klüner (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker): Es ist so, dass erstens, wenn Spritzmittel Bienen gefährden, die Bienen in der Regel absterben, bevor sie den Honig in die Völker tragen. Wir finden also in der Regel Mittel, die die Bienen nicht sofort töten.

Wir finden auch in sehr geringen Mengen, also in einer geringen Anzahl von Proben diese Rückstände, und es sind überwiegend Rückstände im Bereich der Frühtracht, also aus dem Raps. Das können wir auch feststellen, weil wir mit der Landwirtschaftskammer nachsehen können: Welche Rückstände sind es, aus welchen Pflanzenschutzmitteln stammen die?

Wir würden uns wünschen, wenn eine andere Spritztechnik verwendet würde, die sogenannte Dropleg-Technik. Das heißt, das Spritzmittel wird nicht direkt in die Blüte gespritzt, sondern – die Technik ist bekannt und auf dem Markt – an die Pflanzen, sodass nicht die Blüte, sondern nur die Pflanzenstiele benetzt sind. Da es meist systemische Mittel sind, würde es dann nicht in die Blüte kommen. Denn die nehmen die Bienen nämlich auf. Das würde uns helfen, rückstandsfreieren Honig zu produzieren.

Ein Verbot von Spritzmitteln oder Behandlungsmitteln ist immer kritisch für uns zu sehen. Für uns ist wichtig, dass es nicht bienengefährlich ist, aber auch nicht Wildbienen gefährdet. Gott sei Dank! werden auch heute entsprechende Pflanzenschutzmittel auf die Wildbienengefährlichkeit untersucht. Diese Dropleg-Methode wäre für uns eine gute Sache. Problematisch ist aber, dass es bisher keine EU-Fördermittel für entsprechende Maschinen gibt, weil die Fördersumme zu gering ist. Da wäre es natürlich gut, wenn die Förderrichtlinien so wären, dass ein Anreiz für die Landwirte bestände, solche entsprechenden Spritzvorrichtungen zu erwerben. Das wäre für uns sinnvoll. Wir werden mit der Landwirtschaft und der Kammer, wo auch unser Bieneninstitut sitzt, diese Dinge diskutieren. Wir werden auch weiter auswerten, wie die Entwicklung in diesem Sektor ist.

Mit den Neonicotinoiden haben wir ein Problem, und zwar nicht, wie Sie das denken, früher wurden die als Beizmittel für den Raps verwendet. Seitdem das nicht mehr der Fall ist, wird gerade von oben gespritzt. Früher haben wir keine Rückstände gehabt, heute haben wir sie. Damit will ich nur sagen: Es ist sehr schwierig für uns, eine komplette Bewertung von solchen Sachverhalten zu machen. Es gab in der Imkerschaft oft die Forderung, die bitte nicht mehr als Beizmittel einzusetzen. Das ist dann auch passiert. Jetzt stellen wir fest: Moment mal, jetzt wird von oben gespritzt, und jetzt haben wir sogar mehr Probleme als vorher. Also, es ist sehr differenziert zu betrachten und nicht so einfach. Wir maßen uns auch nicht an zu sagen, die Landwirtschaft soll jetzt bitte komplett ohne Spritzmittel arbeiten. Denn wenn ich so arbeite, wie die Landwirtschaft heute arbeitet, wird es wahrscheinlich nicht anders gehen. Sonst müsste man eine andere Landwirtschaft haben. – Das zu Ihrer Frage.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, und vielen Dank Ihnen, meine Herren, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen, aber noch vielmehr Dank – nehmen Sie es bitte mit in Ihre Verbände – für die wertvolle ehrenamtliche Arbeit, die bei Ihnen geleistet wird für Natur, Umwelt und auch für die Biodiversität. Ich denke, das ist ein sehr wichtiger Beitrag, den Sie dort leisten.

Mich würde interessieren, Herr Franciszak: Sie sprachen davon, dass in Rheinland-Pfalz und in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich geimkert wird. Wie sieht das aus? Da kann ich mir kein Bild drüber machen.

Dirk Franciszak (Imkerverband Rheinland): Im urbanen Bereich sind wir in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt. Da dürfen wir uns nicht beschweren. Da haben wir so viel Zulauf, dass wir schon verhaltend reagieren müssen. Im ländlichen Raum haben wir Probleme. Da ziehen immer mehr Leute weg mit ihren Bienen, aus beruflichen Gründen oder wie auch immer. Und somit haben wir auch eine andere Arbeitsweise mit den Bienen in Rheinland-Pfalz. Ich weiß nicht, ob die entspannter sind, aber sie sind anders aufgestellt. Das ist einfach so.

In Nordrhein-Westfalen, der urbane Bereich, ich habe es gerade angedeutet: Wir müssen jeden Weg mitgehen: Dachimkerei, Dachstuhl-Imkerei, Balkonimkerei. Das ist jetzt sowieso durch die Balkonkraftwerke ein bisschen in Verruf gekommen, Platz ist nicht

mehr da. Ich denke, in Rheinland-Pfalz ist die Vereinsstruktur eine andere. Hier in Nordrhein-Westfalen – zumindest sehe ich das in meinem Bereich – haben wir sehr viele Probleme mit dem Ehrenamt.

Corona und Ehrenamt haben sich einfach nicht vertragen, in der Imkerei auch nicht. Leute haben verlernt, irgendwo aktiv zu sein, jeder macht nur noch die Hände auf und fragt „wer gibt mir?“. Das Ehrenamt wurde früher hofiert. Es wurde von Person zu Person weitergegeben. In Rheinland-Pfalz haben wir das noch. In Nordrhein-Westfalen treten die Leute von heute auf morgen weg, und dann müssen sich Leute mit Vereinssangelegenheiten auseinandersetzen, die unerfahren sind. Dadurch fallen natürlich auch die Themen, die ich eingangs genannt hatte, in ein ganz anderes Licht. Sie werden auch nicht mehr Gesprächspartner finden, die über eine Chronologie verfügen in dem, was ihr Bereich, ihr Landkreis oder dergleichen auch dort schon durchgemacht hat. Das ist ganz schwierig. Dadurch merken Sie auch, dass die Imkerei durch diese Vereinsmeierei, wie wir in Deutschland immer sagen, ganz anders aufgestellt ist. Die sind da irgendwo ein bisschen verschlafener. In Nordrhein-Westfalen sind die ein bisschen krabitziger, zumindest im Rheinland.

Jochen Ritter (CDU): Schönen Dank, Frau Vorsitzende, für das Wort. Schönen Dank, dass Sie heute den weiten Weg nach Düsseldorf auf sich genommen haben und überhaupt für Ihre Arbeit.

Mein Vater hatte mal zwölf Völker, insofern bin ich immer noch von der Imkerei angefixt. Seinerzeit war die Varroamilbe ein großes Problem. Ist das heute kein Thema mehr? Sie haben eben erzählt, um die Bienen an sich müsste man sich keine großen Sorgen mehr machen. Ist das durch? Das würde mich mal interessieren.

Dann was die Unterstützung angeht: Sie haben eben so schön gesagt, es müsste zum einen speziell sein, also nicht mit der Gießkanne, aber gleichermaßen dann auch wiederum so, dass alle was davon haben. Da hätte ich es gerne etwas genauer. Geht es Ihnen im Wesentlichen um monetäre Unterstützung, oder gibt es auch Regeln, die der Imkerei einfach in irgendeiner Form Steine in den Weg legen, die man eventuell auf Landesebene angehen könnte?

Und last, but not least zu dem gepanschten Honig: Auch das haben Sie eben angesprochen. Da soll jetzt von der EU die Herkunftsbezeichnung helfen. Ist das aus Ihrer Sicht ein geeignetes Mittel, oder gibt es da andere Wege, wie man dem Herr werden könnte? – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Drei Fragen. – Sie haben das Wort.

Dirk Franciszak (Imkerverband Rheinland): Ja, dann machen wir vier Antworten draus, wie das bei Imkern so ist. – Finanziell: Ja, mit der Gießkanne ... Wir müssen Schwerpunkte haben. Die EU hat auch gesagt, wir müssen schwerpunktmäßig unterwegs sein, wie zum Beispiel beim Thema „Fortbildung“ und dergleichen. Gerade das

Thema „Fortbildung“ ist ganz wichtig, auch in der Imkerei, weil wir im Endeffekt unser Wissen von Generation zu Generation weitergeben.

Da kommt es drauf an: Wie lernen die Jungen das alte Wissen? Und wie lernen die Alten, ihr Wissen an Junge weiterzugeben? Ganz schwierige Aufgabe, gerade in der jetzigen Zeit der Digitalisierung. Deshalb ist auch ein Schwerpunkt in der EU die Fortbildung, auch die flächendeckende Bienenverteilung. Aber die Fortbildung war das Thema, das uns überhaupt jetzt nächstes Jahr 175 Jahre alt werden lässt, weil wir immer dafür Sorge getragen haben, dass wir alle mitnehmen. Nicht umsonst haben wir den Zusatz „sammelt für die Zukunft seit über 100 Jahren“. Das heißt im Endeffekt: nicht mit der Gießkanne, sondern ganz gezielt. Wenn, dann müssen wir uns Themen raussuchen, Bienengesundheit oder wie auch immer.

Und da komme ich jetzt auf die Varroa. Ich bin mal dreist und sage einfach: Hätten wir nicht die Varroa, hätte die Imkerei 40 Jahre lang Stillstand gehabt. Insofern war die Varroa schon mal Belebung. Wir träumen jetzt davon, dass die Varroa insgesamt in Deutschland langsam durch Züchterfolge zurückgedrängt wird und die Völker dazu gebracht werden, dass sie in der Lage sind, mit dem Parasiten selber umzugehen. Denn da, wo der Parasit herkommt, haben die Bienen längere Zungen und Greifwerkzeuge und können sich die Parasiten selber vom Leib ziehen; unsere Bienen sind noch zu dumm, haben zu kurze Werkzeuge, deshalb ist der Parasit immer noch hier. Aber wir sind jetzt so weit, dass wir schon Züchterfolge haben, dass die Varroamilbe so langsam zurückgeht.

Das liegt aber auch daran, dass wir viel Geld in Nordrhein-Westfalen insgesamt in die Hand nehmen, um eine Varroaresistenz herbeizuführen, wobei wir Zucht immer als Schwerpunktthema hatten, auch da viel Geld investiert haben und sehr viel Manpower und auch Wissen reingesteckt haben. Das zeigt sich jetzt, indem wir da kleine Erfolge machen. Geben Sie uns noch zehn, 15 Jahre, dann werden wir, wenn wir so weitermachen können wie bisher, die Varroa soweit zurückgedrängt haben, dass wir hier Inseln der Glückseligkeit für die Bienen haben.

Die dritte Frage – gepanschter Honig: Ja, Herkunftsbezeichnung. Das macht schon Sinn. Oder sagen wir es andersrum: Hat der Verbraucher nicht das Recht zu erkennen, was er sich da auf dem Löffel reinhebt? Bisher sind wir immer davon ausgegangen, dass deutscher Honig nach den deutschen Kriterien, die noch ein bisschen höher sind als andere Kriterien, rein ist, dass wir, wenn wir so ein Glas haben, unverfälschte Natur noch haben – einen Jahresspiegel, der jetzt im Glas drin ist. Und da haben wir verdient, dass das dann nach Möglichkeit so gut wie gar nicht belastet ist. Dadurch, dass jeder fünfte Honig gepanscht und gestreckt ist und auch ein anderes Pollenbild mitbringt, wo wir eventuell Allergien auch mit ausbringen, muss man sich natürlich überlegen: Wie geht man damit um? Und es ist eine preisliche Sache. Ausländisch importierten Honig können Sie jetzt schon für 1,50 Euro/kg beziehen. Das geht nur deshalb, weil der gestreckt wird.

Der Honig wird weltweit durch die Gegend gefahren. Jedes Land hat andere Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen. Jeder panscht da noch ein bisschen dazu, und die Panscher werden immer pfiffiger, sodass unsere EU-Labore schon gar nicht mehr nachkommen.

Der kommerzielle Gewinn, der dahinter steckt, verleitet natürlich auch die Panscher, immer wieder neue Möglichkeiten zu finden. Reissirup, den kriegen Sie gar nicht mehr. Das ist ganz schwierig. Und die Rückstandsanalysen, was du gerade gesagt hast: Wir haben unsere Honige in Rheinland-Pfalz mal auf 400 Rückstände untersuchen lassen. Vor zehn Jahren wäre da gähnende Leere gewesen. Jetzt ist die Technik so weit fortgeschritten, dass wir auf einmal 402 Wirkstoffe erkennen können.

Und das ist ja nicht nur im Raps. Das ist ja nur ein kleiner Teil. Mittlerweile ist das auch im Privatbereich. Diese Spritzmittel, die verbraucht werden: Die Biene hält ja nicht am Rapsfeld ein. Die fliegt übers Rapsfeld hinweg. Wenn sie eine Quelle findet, die ergiebiger ist, fliegt sie dahin. Dann interessiert sie sich nicht fürs Rapsfeld. Wenn da gespritzt wird, dann nimmt sie die Belastungen mit. Entscheidend ist immer das Bienenbrot, der eingetragene Pollen. Wenn der analysiert wird, da kann man genau erkennen, welche Spritzmittel drin sind. Teilweise haben wir – auch gerade in Rheinland-Pfalz, im Moselbereich – Spritzmittel, die im Weinbau verwendet werden. Wie kommen die dahin? Wenn der Winzer seine Streifen zwischen den Rebstöcken stehen lässt, dann werden die von Bienen befliegen, je nachdem, wie die Tracht ist. Und wenn der gespritzt hat ... Bienen gehen sonst nicht in den Wein, aber in diesen kleinen grünen Streifen dazwischen. Wenn da was zu finden ist und da ist gespritzt worden, dann tragen die Bienen das ein. Das ist so eine Mischung. Bienenbrot sagt uns viel mehr als einfach so ein Rapsfeld.

Machen wir uns nichts vor: 1.700 Spritzmittel haben wir. Davon sind vier bis sieben bienengefährlich, und der Landwirt wird garantiert kein Geld in die Hand nehmen für Spritzmittel, die er zu Zeiten spritzt, wo die Biene gar nicht auf die Blüte geht, weil die Blüte noch zu ist. Auch hier müssen wir mal genauer hinschauen, nicht so im Groben auskippen. – Das war jetzt genug.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Dann gehe ich weiter zu Herrn Schalley von der AfD-Fraktion. Ich habe alle anderen gesehen. Wir gehen einmal eine Runde, und dann fangen wir wieder von vorne an.

Zacharias Schalley (AfD): Auch unsererseits vielen Dank, dass Sie heute da sind und uns unsere Fragen beantworten. Ich würde etwas fragen zum Thema Demografie; so formuliere ich es vielleicht einmal. Wie ist die Entwicklung hier bei uns in NRW bezüglich Freizeit-/Nebenerwerb-/Berufsimkern? Ich hatte gelesen, dass 95 % der Imker Freizeitimker sind und nur sehr wenige tatsächlich davon leben oder dass da Geld bei rumkommt. Wie ist da die Entwicklung der letzten Jahre? Sie sagten, dass es viel mehr Imker gibt. Aber können davon auch mehr Leute leben, oder wird es eher ein verbreitetes Hobby?

Und auch vor dem Hintergrund: Wie sieht es mit dem Nachwuchs aus? Kommen da jüngere Leute nach, denen Sie auch Ihr Wissen vermitteln können? Was für Strategien haben Sie da, um auch Nachwuchs zu gewinnen und an die Imkerei heranzuführen? – Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: An wen geht die Frage, Herr Schalley?

Zacharias Schalley (AfD): Wer sich berufen fühlt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Wer fühlt sich berufen? – Herr Dr. Klüner.

Dr. Thomas Klüner (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker): Es ist so: Berufsimker, die das als Vollerwerb machen, gibt es zum Beispiel in Westfalen lediglich zwei bis nicht mal zehn. Also es sind sehr wenige. Daneben gibt es natürlich die Berufsimkereien. Von 100 Völkern können Sie nicht leben, das geht schon in 500 bis 1.000 Bienenvölker rein. Etliche Nebenerwerbsbetriebe – „Nebenerwerbsbetrieb“ klingt natürlich sehr groß –, Menschen sagen: Mit dem Hobby kann ich etwas zu meinem Familieneinkommen beitragen – so wie es ja der Sinn unserer Verbandsgründung war. Das ist auch heute noch so.

Die Zuläufe, die wir haben, sind in der Regel Menschen, die aus ganz anderen Beweggründen Bienen halten wollen – nicht, um mit den Bienen Honig zu produzieren, um den Honig zu verkaufen, um dann praktisch einen Nebenerwerb zu haben, sondern sie halten Bienen, weil sie etwas Gutes für die Umwelt tun wollen, weil sie gehört haben, dass es ein Bienensterben gibt, und das als eine Möglichkeit sehen, sich selber einfach – in Führungsstrichen – zu engagieren, weil man nicht viel Platz für die Bienenhaltung braucht. Der Kollege hat es eben gesagt: Die Imkerei in den Städten ist deutlich ausgeprägter als auf dem Land. Das ist de facto so. Das heißt, wir haben bisher keine Zunahme von Berufsimkern.

Hinsichtlich der Demografie ist es so. Zwei Aspekte will ich erwähnen, nicht nur Demografie, sondern auch: Die Imkerei ist weiblicher geworden in den letzten zehn Jahren. Seit etwas über zehn Jahren nimmt die Zahl der Mitglieder zu. Wir hatten bis 2005 ungefähr Rückgänge – der Kollege hat es auch schon gesagt. Wir lagen insgesamt bei unter 6.000 Mitgliedern, und dann stiegen die Zahlen in ganz Deutschland an. Ich kann Ihnen auch sagen, woran das liegt: Das liegt am Internet, weil Imkervereine, Imkerkurse waren auf einmal für alle erreichbar. Man hat sie wahrgenommen. Vorher nahm man die Imker nicht wahr.

Und damit haben mehr Frauen angefangen zu imkern. Mittlerweile haben wir ungefähr 20 % bis 25 % Frauen. Als ich in den Imkerverein eingetreten bin, gab es nicht eine. Das ist natürlich positiv, auch für die Vereine, weil es eine ganz andere Art ist, a) wie man miteinander umgeht und b) wie man imkert und wie man die Welt sieht, also sehr positiv.

Zweitens ist es so: Wenn wir Neuimker bekommen, sind die natürlich immer jünger als die bestehenden Imker in den Vereinen. Man imkert, wenn man Leidenschaft hat, bis zum Tod. In meiner Familie, die imkert schon sehr lange, hatte ich mehrere Großonkel, auch mein Großvater, die haben die Bienen gehalten, bis, wie gesagt, zum Schluss, dann hatten sie noch wenigstens ein Bienenvolk. Das ist eine Leidenschaft, der man wirklich frönen kann, sodass wir viele sehr alte Imker haben. Aber die neuen sind

deutlich jünger, sodass der Altersschnitt jetzt deutlich günstiger ist als noch vor zehn Jahren.

Wir unterstützen auch Schulimkereien in unserem Verband. Das macht unser Schwesterverband auch. Wir gehen in die Schulen. Und natürlich kommen davon auch irgendwann Kinder und Jugendliche, die Bienen halten. Manchmal machen sie es auch direkt zuhause mit den Eltern. Das gibt es. Aber das ist die Ausnahme. Wir hoffen, dass wir dadurch später Neuimker bekommen. Ansonsten haben wir uns jahrelang Strategien überlegt, wie wir an Imker kommen. Wir haben sogar damals eine Imkerin gehabt, die dafür geworben hat, dass junge Damen bei uns Mitglied werden und Bienen halten. Aber im Augenblick machen wir viele solcher Strategien gar nicht mehr, weil wir so viele Mitglieder haben und so viel Zuwachs haben, dass das jetzt von selbst läuft.

Weil: Man kennt wieder einen Imker oder eine Imkerin. Es gab früher Dörfer, vor 15 Jahren, da gab es keinen Imker, keine Imkerin und keine Bienenvölker. Heute haben wir Menschen, die im Leben stehen, im Beruf stehen, die sich mit Arbeitskollegen, mit Freunden austauschen, und darüber kommt man an den Kontakt. Und weil das etwas ist, was sehr viel Freude macht und was Spaß macht – der kommerzielle Aspekt ist da ein Nebenaspekt –, gewinnen wir Menschen dazu, indem wir unsere Leidenschaft vermitteln. Natürlich führen wir Kurse durch. Wir nehmen auch an Veranstaltungen teil, wo wir überall, wo man es wünscht, dann stehen. Und, das ist klar, wir verkaufen auch den Honig auf Märkten. Das ist so das, was unser Verband in diesen Dingen macht.

Wir sehen der Zukunft nicht negativ entgegen, was unsere Mitglieder betrifft. Aber ich muss auch sagen, wir wissen nicht – Herr Franciszek hat es gesagt –, was Corona noch so beeinflusst. Denn die Vereins- und Verbandsarbeit wird schwieriger, und irgendwann ist auch vielleicht der Zenit überschritten mit der Zunahme an Mitgliedern. Wir haben so viele Mitglieder und Völker jetzt wie zuletzt vor 50 Jahren. Das ist ja Wahnsinn. Daher kann es durchaus sein, dass sich das verändert.

Eine Sache hätte ich aber noch in dem Zusammenhang. Bei diesen vielen Neuimkern, die wir haben, haben wir genau das Problem, dass wir gar nicht mehr genug erfahrene Imker haben, die auch das Know-how haben, den jungen Leuten oder den Neuimkern die Imkerei zu vermitteln. Wir sind da mehr und mehr angewiesen auf Experten, die wir in der Landwirtschaftskammer haben. Es gab ja eben die Frage, wie man uns unterstützen kann. Die Landwirtschaftskammer hat ein Bieneninstitut, das sehr gut ist, das schon sehr lange da ist, das im Übrigen auch von unserem Imkerverband stammt. Wir waren immer schon verbunden mit dem Land und mit der Kammer. Da wäre es gut, wenn wir wie in Bayern oder Niedersachsen noch einen weiteren Bienenzuchtberater hätten, also eine hauptamtliche Person, die uns praktisch bei unseren ehrenamtlichen Schulungen unterstützen könnte. Das ist für uns ein ganz wichtiges Anliegen, was ich auch der Ministerin schon mal vorgetragen habe, worüber wir, wie ich glaube, mit der Kammer vielleicht reden sollten. Und das wäre etwas, wo auch Geld sinnvoll und dauerhaft angelegt ist. Denn wir müssen ja auch unsere Multiplikatoren schulen. Und das wäre etwas, was gerade sehr wichtig wäre.

Heino Rinne (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker, Imkerei Extertal/Rott): Danke für die Einladung. Wo ich auch Probleme sehe – das Thema wurde hier, glaube ich, nur am Anfang kurz angesprochen –: Was können Sie vielleicht für uns tun? Mir würde schon helfen, wenn unsere Bienen – und damit meine ich nicht nur unsere, die wir halten, sondern auch die Wildbienen – Nahrung finden. Da sehe ich Schwerpunkte gerade im ländlichen Bereich – Ackerrandstreifen, dass die wieder gefördert werden, Wallhecken, dass die gefördert werden, und wir dadurch auch genug Futter haben für unsere Bienen, aber auch für die Wildbienen.

Ich glaube, diese Frage „nehmen unsere Bienen den Wildbienen das Futter weg?“ und die Diskussionen, die wir da zurzeit haben, das sind einfach nur Notstandsverwaltungen, was wir hier gerade diskutieren wollen. Wir müssen einfach anfangen, wieder Nahrung zu schaffen.

Wenn ich sehe, dass Wildbienen einen Radius von 150 m bis 500 m haben, den sie nur fliegen, dann helfen mir keine Leuchtturmprojekte, die irgendwo hingestellt werden und die dann auch groß beworben werden, sondern wir brauchen auch die Einflugschneisen dafür. Und das sind diese Ackerrandstreifen. Die müssen aber auch bewirtschaftet werden. Das jetzt wieder nur auf den Bauern abzuwälzen und zu sagen „euer Land, kümmert euch drum!“, kann nicht richtig sein. Da müssten vielleicht auch andere Strategien geführt werden, dass es vielleicht auch wieder mehr Schäfereien gibt, die sich um diese Flächen kümmern.

Wir haben die Heide zum Beispiel, die es nicht geben würde ohne Schafshaltung. Vielleicht sollte man da anfangen, Konzepte zu entwickeln, auch bei Straßen.NRW oder Gemeinden und Städten: Wie pflege ich meine Straßenränder? Hilft es immer, wenn ich alles kurzhacksele bis zum Geht nicht mehr – und das Ganze dreimal im Jahr, oder hilft es, wenn ich einen Zwischenschnitt mache? Wenn ich vielleicht an der Straße kurz mähe, aber die anderen 3 m oder 2,5 m lang lasse oder nur um die Hälfte stutze? Das sind all so Sachen, die uns gerade in der Vereinsarbeit weiterhelfen würden, damit unsere Tiere da auch Nahrung finden, wir auch genug Honig haben und nicht in die Bredouille kommen, dass wir uns rechtfertigen müssen, warum wir Bienen halten und andere Vereinsstrukturen oder Verbände uns dann vorwerfen, wir nehmen Wildbienen das Futter weg.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Ich glaube, ich habe noch zwei Fragen. Die würde ich jetzt gerne zusammennehmen mit Blick auf die Uhr. Ich habe noch Dr. Wille, Dr. Nolten und Herrn Hansen auf der Rednerliste. Vielleicht würden Sie alle die Fragen stellen, und dann beantworten alle drei die Fragen.

Dr. Volkhart Wille (GRÜNE): Von meiner Seite auch vielen Dank. Eine Nachfrage einmal zu dem Thema Rückstände. Ganz allgemein findet ein systematisches Monitoring statt, oder sind das sozusagen anlassbezogene Zufallsfunde? Und was sind gerade in einem Industrieland wie NRW, auch jenseits von Pestiziden – da gibt es ja auch noch andere Sachen an möglichen Umweltgiften und Schadstoffen – aus Sicht der Imkerei die problematischsten Wirkstoffe in NRW?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich würde weiter sammeln. Können Sie das sich so notieren? – Herr Dr. Nolten dann als Nächster, bitte.

Dr. Ralf Nolten (CDU): Ja, beim Urban Beekeeping bin ich auch mal gespannt, wie lange das anhält, ob das eine Welle ist, die durchläuft. Oft genug wird die Bestäubungsleistung nach vorne gestellt. Man sagt, eigentlich ist die Bestäubungsleistung ein Mehrfaches dessen, was ich an Honigertrag finanziell entsprechend da erlöse.

Die Frage: Welche Dichte brauche ich denn dann, bezogen auf 1 km²? Ich habe jetzt für Westfalen-Lippe die unterschiedlichen Zahlen gesehen. Klar, in Dortmund natürlich am höchsten. Da hätte ich die landwirtschaftliche Bestäuberleistung nicht am höchsten eingeschätzt, da sind wir bei dem Problem: Was brauche ich in diesen Bereichen? Frage Faulbrutbekämpfung: Sind wir da gut aufgestellt, oder gibt es da noch Defizite?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Die letzte Frage kommt von Herrn Hansen von der CDU-Fraktion.

Klaus Hansen (CDU): Auch von meiner Seite herzlichen Dank. Zwei Aspekte zur Bienengesundheit, die mir noch am Herzen liegen. Ich habe selbst ein paar Bienenvölker, bin kleiner Hobbyhalter. Wir haben bei uns in Lippe immer mal wieder das aufkommende Problem der amerikanischen Faulbrut. Mich würde interessieren: Sie sprechen ja immer von den gut organisierten Imkern. So habe ich das verstanden. Jetzt haben wir in unserer Landschaft – ich sage mal – diese Wildwestimker, die immer mehr werden. Ich will denen jetzt nicht die unsaubere Volkführung unbedingt unterstellen, aber oftmals ist es eben die nicht ganz saubere Arbeitsweise. Wie gehen Sie mit diesen Menschen, mit diesen Gruppen um? Werden die angesprochen, werden die geschult, nimmt man die sich irgendwie auch mal vor und redet ins Gewissen? Was unternehmen Sie da?

Eine Problematik, die wir immer wieder feststellen, sind unsaubere Honiggläser, die in den Altglascontainern landen. In den Sommermonaten sehen wir riesige Bienenvorkommen dort. Da haben wir auch die Problematik, dass von dort oftmals Sporen dieser Krankheiten weggetragen werden. Ist das bekannt? Ist das ein Einzelfall bei mir in der Region, oder haben Sie das öfter?

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Jetzt haben Sie drei eine schwierige Aufgabe, sich die drei Fragen aufzuteilen. Wir fangen vielleicht bei Ihnen an. Dann hat jeder noch ein Schlusswort.

Dirk Franciszak (Imkerverband Rheinland): Dann suche ich mir die mir genehmsten raus. Fangen wir mit den Altglascontainern an. Altglascontainer, das Problem hat man ja nur dann, wenn trachtlose Zeit ist, die Biene nichts zu naschen hat. Dann geht die natürlich diesem Honiggeruch nach. Das kann man vermeiden, indem man die Honiggläser spült und dann wegschmeißt. Aber Spülen und dann wegschmeißen – wo da der ökologische Gedanke ist, das möchte ich nicht beurteilen.

Faulbrut ist eine Seuche, die wir hier in Nordrhein-Westfalen relativ gut im Griff haben. Wir haben wenig Faulbrutfälle, und wenn wir sie haben, müssen wir gucken: Ist das ein organisierter Imker oder ist es ein Freizeitimker, ein nichtorganisierter Imker? Woher kommt der? Durch die Imkerschwemme sind natürlich auch viele Völker bewegt und verkauft worden. Jeder wollte Geld mit der Imkerei machen. Und da hat man dann im Endeffekt Völker verkauft, die vielleicht gar nicht gesund waren. Deshalb sagen wir ja auch immer: nur mit Gesundheitszeugnis Bienenvölker verkaufen. Und dann ist natürlich die Seuche recht schnell rum.

Klar gibt es immer Hotspots, im Siegener Bereich haben wir traditionell immer mal wieder was. Unten am Rhein-Sieg-Kreis haben wir auch gelegentlich etwas. Ansonsten muss man sagen, die Faulbrut ist nicht das Ding. Da sind die Imker mittlerweile gut aufgestellt.

Was auch hilft, ist das freiwillige Monitoring der Tierseuchenkasse. Das Land finanziert über die Tierseuchenkasse eine große Anzahl Umsonstproben, wie wir sie nennen. Damit können wir natürlich monitoren. Das war besonders bei mir im Verbandsgebiet ganz wichtig, weil wir sehr viel Überschwemmungsgebiete hatten. Alles, was abgesoffen war, lag entweder in Nordrhein-Westfalen, wo ich auch noch Zugriff hatte mit meinen Imkern, oder in Rheinland-Pfalz. Wir haben in Nordrhein-Westfalen gerade diese Umsonstproben ganz gezielt in diesen Bereichen platziert, um auch ein Monitoring zu haben, ob wir da nicht eventuell Faulbrutherde verteilt haben.

In Düren war ein Faulbrut-Hotspot, der ist mit dem Flutwasser in den Braunkohletagebau reingespült worden. Da hat es keinen getroffen. Im Endeffekt muss man monitoren und schauen: Wo sind die gesunden Ecken? Da sind wir im Endeffekt richtig gut aufgestellt.

Bestäubungsleistung: Wir rechnen in Deutschland immer laut Literatur und Wissenschaft mit 1.600 Euro Bestäubungsleistung – unentgeltliche Bestäubungsleistung – an Bevölkerung und Landwirtschaft pro Bienenvolk. Bei 130.000 Bienenvölkern – das kann jeder nachrechnen – liegen wir hier bei über 200 Millionen Euro Bestäubungsleistung, die wir unentgeltlich zur Verfügung stellen, auch der Bevölkerung. Das ist denen gar nicht so bewusst. Ja, das muss man transportieren. Aber entscheidend ist, dass diese Bestäubungsleistung im Endeffekt flächendeckend mehr gemacht wird, dass wir auch zusehen, dass wir die weißen Flecken, wo wir keine Bienenvölker stehen haben, auch langsam füllen. Da wird es natürlich schwierig, auch interessierte Imker zu finden. Da muss man neue Wege gehen, neue Ansprache wählen. Man muss das Thema anders gestalten, um gerade Jüngere für solche Bereiche zu begeistern. Das ist eine Hausnummer für sich.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich glaube, jetzt müssten wir eins weitergehen mit Blick auf die Uhr. Herr Klüner, können Sie noch etwas zu den Rückständen sagen? Da waren noch einige Fragen.

Dr. Thomas Klüner (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker): Ja, zu den Rückständen. Wir untersuchen die Rückstände im Rahmen unserer freiwilligen

zentralen Honigbewertung, wo die Imker eben Honiggläser abgeben können zur Beurteilung, zur Bewertung. Wir haben uns fokussiert auf Rückstände durch die Varroabehandlung. Denn da kann der Imker selber was dran machen. Da konnten wir auch über die Jahre feststellen, dass wir dort keine Rückstände mehr durch die Varroabehandlung finden, weil die Imker aufgrund der Schulungen Methoden haben, mit denen sie rückstandsfrei imkern können. Das ist unser Ziel.

Zweitens. Rückstände aufgrund der Landwirtschaft: Wir wollen mit der Landwirtschaft zusammen versuchen, Wege zu finden, diese Rückstände zu vermeiden.

Hinsichtlich der Faulbrut kann ich noch kurz sagen: Wir sind hier in Nordrhein-Westfalen nicht nur gut, sondern sehr gut und ausgezeichnet aufgestellt, weil wir dieses Monitoring schon sehr lange machen, seitdem es im Prinzip die Tierseuchenkasse mit der Bienenkasse gibt. Wir bilden Bienensachverständige aus, die das machen. Wir haben einen Erlass dafür. Da ist das Land sehr vorbildlich. Wir haben die Bienengesundheitsmobile, ganz viele Dinge, die andere Länder uns jetzt so peu à peu nachmachen. Da ist NRW Spitze in Deutschland.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Herr Rinne, Sie haben auch noch ein Schlusswort.

Heino Rinne (Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker): Um auf die Honiggläser zu kommen: Der Kollege aus dem Rheinland sagte es schon: Das entsteht nur dann, wenn nicht genug Nahrung da ist. Da sind wir wieder bei dem Thema, das ich vorhin angesprochen habe. Wir müssen anfangen, uns um die Nahrung zu kümmern: Ackerrandstreifen, Blühflächen, die Eh da-Flächen. In Lippe habe ich mich einmal mit jemandem vom Kreis Lippe unterhalten, der gesagt hat: Wir müssen das Thema ganz anders auch in den Schulen anfangen. Wir müssen anfangen zu begründen, warum wir eine Rasenfläche mähen wollen und nicht, warum wir da eine Blühwiese draus machen wollen. Wir müssen vielleicht einfach ein paar Strukturen ändern. Die Kreise und auch das Land haben genug Flächen. Man könnte das auch dementsprechend so weiterkommunizieren, dass da ein Umdenken stattfindet. Schulen können auch mit Blühwiesen schön aussehen, und das muss nicht immer der kurzgeschorene Rasen sein.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. Das war fast eine Punktlandung. Ich danke Ihnen Dreien sehr für diese Ausführungen und für die detaillierte Beantwortung unserer Fragen. Ich glaube, der Satz, dass wir in zehn Jahren die Insel der Glückseligkeit hier für unsere Bienen haben in NRW, ist hängengeblieben. Ihre Leidenschaft für dieses Hobby haben Sie so vermittelt, dass jetzt wahrscheinlich ein paar zukünftige Imker im Raum sitzen. In dem Sinne danken wir Ihnen sehr. Wir wünschen Ihnen einen guten Heimweg. Wir werden Ihre Informationen weiter im Ausschuss behandeln, danke sehr.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

2 Gesetz zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/4183

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs am 03.05.2023)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4183 mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Schutz der Biodiversität in NRW – global denken und lokal handeln.

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2480

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4592

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2480 am 25.01.2023)

Und

Unsere Natur und Heimat aufgrund ihres Eigenwertes schützen – die Biodiversität neu denken – den Klimaschutz nicht über die Belange des heimischen Natur- und Artenschutzes stellen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/2563

Ausschussprotokoll 18/217 (Anhörung am 19.04.2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2563 am 26.01.2023)

René Schneider (SPD) meint, in der vergangenen Wahlperiode hätte sich wahrscheinlich der Beobachter über einen Antrag der CDU zum Thema „Biodiversität“ verwundert die Augen gerieben. Ein solcher liege jetzt vor. An dieser Stelle sehe man den wohlthuenden Einfluss von Bündnis 90/Die Grünen. Dafür bedanke er sich. Wenn er sich das Herumlavieren der CDU damals noch mit der FDP zusammen in der vergangenen Wahlperiode rund um die Volksinitiative „Artenvielfalt“ anschauere, dann könne er sich heute nur sehr wundern.

Mit dem Entschließungsantrag erinnere seine Fraktion daran, dass es in der vergangenen Wahlperiode eine sehr erfolgreiche Volksinitiative „Artenvielfalt“ gegeben habe, getragen von Bündnis 90/Die Grünen und von der SPD, die einige Punkte gefordert habe. Die acht Handlungsfelder, die damals mit einem riesigen Rückhalt aus dem gesamten Land in den Landtag überwiesen worden seien, würden in dem Entschließungsantrag aufgeführt. Damals sei die Freude über dieses Thema nicht allzu groß gewesen. Er könne sich gut daran erinnern, dass versucht worden sei, dieses Thema vom Sakko zu streichen.

Im Beschluss würden die Handlungsfelder aus der Volksinitiative „Artenvielfalt“ aufgeführt. Auch werde die Landesregierung aufgefordert, bis Mitte 2024 einen NRW-Strategieplan

aufzusetzen, um die EU-Biodiversitäts- und COP-15-Ziele in gangbare Politik auf Landesebene zu übersetzen.

Er wisse, dass die Hinweise seiner Fraktion darauf als nervig abgetan würden. Man könne Ziele aber nur erreichen, wenn man sich auch ein Schrittmaß gebe. Das vermisse er an dieser Stelle. Deswegen werde das noch einmal im Entschließungsantrag dargestellt. Er bitte um Unterstützung an dieser Stelle, auch wenn er sich sicher sei, dass man sie dann nicht bekomme.

Auf der anderen Seite könne er ankündigen, dass seine Fraktion die Anträge von CDU und Grünen und auch den von der AfD leider ablehnen müsse. Gesprungen sei noch lange nicht gut gesprungen. Der eigene Schatten werde allerdings verlassen, das sei schon einmal gut.

Dr. Ralf Nolten (CDU) findet es schön, dass Herr Schneider die Volksinitiative noch einmal bemühe. Seinerzeit seien in einem Entschließungsantrag 21 Punkte vorgebracht worden, die insbesondere das vertieft hätten, was bestimmte Annahmen und auch unspezifische Forderungen umfasse, was zum Beispiel die Waldbewirtschaftung angehe. Es sei gesagt worden, das müsse man differenzierter sehen. Man habe nicht den gesamten Zugriff auf private Waldflächen, was nötig gewesen wäre, um alles zu realisieren. Viele der Punkte fänden sich jetzt in dem Antrag der Koalitionsfraktionen wieder. Wenn man den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion daneben lege, sehe man, dass in dem Bereich, der den Gewässerschutz angehe, auf die wesentlichen Punkte der Wasserrahmenrichtlinie eingegangen werde.

Was den Punkt angehe, die Landschaftsplanung vor Ort umzusetzen, müsse das zentraler geschehen. Wenn es im SPD-Entschließungsantrag heiße, man müsse endlich zur flächendeckenden Landschaftsplanung kommen, dann sollte Herr Schneider doch ins Verzeichnis hineinschauen. Bei 4 von 31 Kreisen seien noch mehrere Landschaftspläne offen. Einer habe einen SPD-Bürgermeister, der Kreis werde seit 30 Jahren von einem SPD-Landrat geführt. Da könne Herr Schneider doch anrufen und anregen, dass man da bei der Landschaftsplanung mehr mache. Das bringe mehr, als solche Anträge zu schreiben. Das sei alles sehr pauschal. Der Entschließungsantrag sei mit der heißen Nadel gestrickt.

Was die Landschafts- und Grünordnungspläne im Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen betreffe, so sehe man, was gemeint sei. Es reiche nicht aus, einzelne Aspekte zu betrachten. Man mache eine Landschaftsplanung um die Stadt herum, trage aber den Grundgedanken nicht in die Stadt hinein. Deswegen brauche man die Vernetzung. Das stehe in diesem Antrag. Die SPD sage, man müsse in den Städten Bewusstsein schaffen für biologische Vielfalt. Das sei unsystematisch und schnell abgeleitet. Da hätten CDU und Bündnis 90/Die Grünen die besseren Ansätze.

Festzuhalten sei, dass man das mit den Grundeigentümern, mit allen Betroffenen machen müsse. Der Ansatz sei, vor Ort in die Umsetzung reinzukommen, statt von oben draufzuschauen und zu sagen, man müsse hier einen Strategieplan machen. Die Strategie-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

pläne gebe es, keine Frage. Es werde auch gesagt, man müsse das Monitoring weiterentwickeln. Man müsse die Biodiversitätsstrategie weiterentwickeln.

Dann stünden Dinge in dem Entschließungsantrag der SPD wie Förderrichtlinie zu entbürokratisieren, Antragstellung deutlich vereinfachen. Ein Teil der Förderrichtlinie sei da, im Koalitionsvertrag stehe die entsprechende Überarbeitung. Die Unterstützung der Biologischen Stationen sei im Haushalt enthalten. Die Förderrichtlinie fehle noch. Da sei man unterwegs. Dem Entschließungsantrag könne seine Fraktion nicht zustimmen.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE) hält fest, 343 Tage nach Amtsantritt dieser Regierung seien vergangen. Im Dezember 2022 anlässlich der internationalen Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversität hätten die Koalitionsfraktionen gesagt, sie wollten das zusammenstellen und einordnen, was die schwarz-grüne Landesregierung auf diesem zentralen wichtigen Themenfeld „Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen“, „Schutz der Biodiversität in NRW“ mache. An verschiedenen Stellen habe man darüber diskutiert. Er bedanke sich bei den Beteiligten an der Anhörung, den Verbänden, weil viele Anregungen gekommen seien.

Zu Recht sei auf die Dringlichkeit hingewiesen worden. Bei dem Thema sei der Hinweis immer richtig, man könne gar nicht schnell genug sein. Das ergebe sich aus den gegebenen Rahmenbedingungen. Trotzdem habe man unter schwierigen Rahmenbedingungen in dieser kurzen Zeit einiges gemacht. Über 200 Stellen seien in der Umweltverwaltung im ersten Jahr geschaffen worden, die auch im Bereich des Naturschutzes arbeiteten. Er verweise auf das Landesprogramm „Biologische Vielfalt“, das mit 5 Millionen Euro ausgestattet sei. Für die Arbeit der Biostationen gebe es Verpflichtungsermächtigungen, die eine Mehrjährigkeit bei der Absicherung der Arbeitsprogramme ermöglichen. Jetzt werde konkret der Beteiligungsprozess für den zweiten Nationalpark angeschoben. Mit der Erhöhung des Naturschutzetats seien die Voraussetzungen dafür geschaffen worden, dass zum Beispiel die Maßnahmenkonzepte für die Natura 2000-Gebiete auch umgesetzt würden.

Als jemand, der selber aus diesem Bereich komme, könne er sagen: Das Letzte, was man noch brauche, seien noch mehr Pläne. Man müsse die vorhandenen Pläne umsetzen. Es gebe ein solches Umsetzungsdefizit, dass das im Mittelpunkt der Tätigkeiten stehen sollte. Die Regierungsfractionen würden dranbleiben und mit Hochdruck versuchen, alle Hemmnisse, die bestünden, um zu einer schnellen Umsetzung zu kommen, zu beseitigen. Natürlich sei es gutes Recht der Opposition, die Regierung zu treiben in einem sportlichen Wettbewerb. Es stimme aber auch: Gras wachse nicht schneller, wenn man daran ziehe. Man müsse jetzt die Exekutive auch erst mal machen lassen und gemeinsam gucken, dass es schnell weiter vorgehe. In diesem Sinne werde seine Fraktion gleich abstimmen und den Antrag der Regierungsfractionen bestätigen und unterstützen.

Dietmar Brockes (FDP) gibt an, seine Fraktion könne sowohl dem Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen als auch dem Entschließungsantrag der SPD einige positive Punkte abgewinnen. Unterm Strich reiche es nicht, um zuzustimmen. Zum einen

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

werde im Antrag der Regierungsfractionen deutlich, dass es beschlossene Sache sei, einen weiteren Nationalpark in OWL einzurichten – und das, obwohl in der Anhörung deutlich geworden sei, dass sich die große Mehrheit dagegen ausgesprochen habe. Von denen, die dem noch etwas Positives hätten abgewinnen können, sei gesagt worden, dass der jetzige Zeitpunkt völlig falsch sei.

In der Anhörung sei deutlich kritisiert worden, dass das LANUV nicht ausreichend ausgestattet sei. Deshalb würden Maßnahmen wie das Biodiversitätsmonitoring weit hinterherhinken. Die Biotoptypenkategorisierung sei völlig veraltet. Dann wolle man on top hier noch dafür sorgen, dass das LANUV einen weiteren Naturpark vorbereite, obwohl schon jetzt die Ressourcen nicht ausreichen würden – das in einer Situation, in der noch gar nicht klar sei, wo der Mehrwert dabei sei. Er glaube, dass man erst einmal ein ausführliches Monitoring zum bestehenden Nationalpark machen sollte, bevor man einen neuen, einen weiteren Nationalpark ausrufe.

Zu den Naturparks: Wenn man bei der Suche nach dem zweiten Nationalpark Mittel einsetze, so finde man sie in derselben Haushaltsgruppe wie die Naturparke. Das heiÙe ganz klar, dass diese Mittel den Naturparks fehlen würden. Das halte seine Fraktion für einen falschen Ansatz. Die Freien Demokraten wollten die Naturparke stärken und nicht gegen den Willen großer Teile der Bevölkerung einen zusätzlichen zweiten Nationalpark ausrufen.

Zum Entschließungsantrag der SPD: Der Ausschuss habe die Debatte zur Volksinitiative ausführlich in der letzten Legislaturperiode geführt. Die Koalitionsfraktionen damals hätten mit dem Entschließungsantrag 20 Forderungen verfasst. Zu denen stehe seine Fraktion auch heute nach wie vor. Damals seien schon klare, auch rechtliche Bedenken gegen einige der Handlungsfelder vorgetragen worden. Diese seien bis heute nicht ausgeräumt. Insofern könne seine Fraktion dem Entschließungsantrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) meint, Kollege Schneider habe es mit seinem Wortbeitrag wieder gezeigt: In allen umwelt- oder biodiversitätspolitischen Fragen seien die Grünen die Sonne, um die alle kreisen würden und an die möglichst alle nah dran wollten. Dementsprechend sei auch in den Wortbeiträgen und in den Anträgen durchgekommen, dass die grüne Federführung mit den entsprechenden Frames – sei es ein technisches Verständnis des Naturschutzes, globalistische oder klimapolitische Zielsetzungen – immer mitschwinge. Dabei würden Aspekte zum Beispiel der Agrobiodiversität, die viele vergessen würden, wenn sie über Biodiversität reden wollten, und ein Kernpunkt des Naturschutzes, dessen Wurzeln die Heimatliebe sei, außer Acht gelassen. Diesen Aspekt biete die AfD mit ihrem Antrag an. Er werde nur dem eigenen Antrag zustimmen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) führt aus, der Nachweis, dass man für die Agrobiodiversität nichts tue, müsse noch geführt werden. Der werde in dem AfD-Antrag selber gar nicht geführt.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

Er verweise auf die Unterstützungen bei den Rassen, ob das Schweinerassen, Rinder-
rassen, Geflügelrassen seien. Er nenne die Unterstützung der Kleintierhaltung. In den
Gen-Datenbanken sehe man, dass da sehr viel gemacht werde. Den Nachweis dürfe
Herr Schalley sauber aufarbeiten und sollte ihn hier führen.

An Herrn Brockes gewandt, fährt Dr. Nolten fort, wenn man selber seinerzeit einen
entsprechenden gemeinsamen Antrag zur Biodiversität geschrieben habe, könne man
jetzt schlecht hingehen und einzelne Punkte herausnehmen und sagen, das sei jetzt
nicht gut.

Jetzt hebe man auf zwei Punkte ab, bei denen man glaube, da könne man noch schnell
einen Keil reintreiben. Ein Punkt sei die Gegenüberstellung Naturpark, Nationalpark.
Ja, es gebe eine Haushaltsstelle. Da frage er, ob man heute schon Mittel für einen
Nationalpark einstellen solle, der in zwei, drei Jahren etabliert werde. Da gebe es doch
keine Konkurrenz. Man brauche sicher Millionen dafür, um das Verfahren einzuleiten.
Das heiße das doch. Das glaube er, ehrlich gesagt, nicht. Eine direkte räumliche Ver-
bindung zum zweiten Nationalpark herzustellen, das habe er von niemandem hier ge-
hört. Das sei die eigene Interpretation von Herrn Brockes.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2480 mit den
Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und
AfD zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Frak-
tion Drucksache 18/4592 mit den Stimmen der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die
Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der AfD-Fraktion Drucksache
18/2563 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der
AfD-Fraktion ab.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

4 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23. Mai 2023)

– Auswertung der Anhörung von Sachverständigen

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2550 an den AUNLV – federführend –, den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und den Ausschuss für Schule und Bildung am 16.01.23)

Und

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/3287 am 08.03.23)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, in der Obleuterunde hätten sich die Fraktionen darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben, da die Voten der drei anderen Ausschüsse noch nicht vorlägen.

Sie bedanke sich ausdrücklich für die schnelle Erstellung des Protokolls, was es ermöglicht habe, dass sich die Abgeordneten gut auf diesen Tagesordnungspunkt hätten vorbereiten können.

(Beifall)

Die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt wird verschoben.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

5 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 25.01.2023)

Astrid Vogelheim (GRÜNE) führt aus, die Zunahme tropischer Infektionskrankheiten, neuer Allergene und Wetterextreme wie zum Beispiel Hitzewellen seien Folgen des Klimawandels, die sich unmittelbar auf die Gesundheit auswirken würden. Klimaschutz bedeute auch Gesundheitsschutz.

Mit dem Antrag solle einmal über die gesundheitlichen Gefahren des Klimawandels aufgeklärt werden, gefährdete Personengruppen sollten geschützt werden. Gleichzeitig trage der Gesundheitssektor selbst mit 5,2 % der CO₂-Emissionen zum Klimawandel bei. Der Großteil der Emissionen entfalle dabei auf die Krankenhäuser, die wiederum ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten wollten. Das unterstütze man, indem rund ein Drittel der geplanten Investitionen in der Krankenhausplanung, also über 800 Millionen Euro, in den nächsten Jahren für Klimaanpassungsmaßnahmen bereitgestellt werden sollten. Darüber hinaus wolle man mit dem Bund über einen Krankenhausklimaschutzfonds Verhandlungen aufnehmen.

Der Antrag diene dem Gesundheitsschutz, dem Klimaschutz und auch noch einer dauerhaften Reduzierung von teuren Energiekosten.

Inge Blask (SPD) betont, die SPD-Fraktion sehe in dem Antrag das Potenzial, dass man das Thema „Klimaschutz“ im Gesundheitssektor auf den Weg bringen wolle. Das unterstütze sie. Sie denke auch, dass das Thema CO₂-Minderung einen großen Bereich im Gesundheitssektor ausmache und man deshalb dort auch klimaneutral und nachhaltig umgestalten solle.

Man sei sich aber mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem AGS einig, dass es schwierig sei, wenn man aus dem vorhandenen Investitionsbedarf, der für die Krankenhausinvestitionen zur Verfügung stehe, jetzt den Klimateil herausnehme und den Investitionsbetrag an der Stelle minimiere. Ihre Fraktion halte den Antrag der Koalitions-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

fraktionen grundsätzlich für richtig, würde sich aber an der Stelle enthalten, weil die Finanzierung nicht so geklärt sei, wie sich ihre Fraktion das wünsche.

Dr. Ralf Nolten (CDU) betont, was die Klimaschutzziele und die Anpassung insbesondere im urbanen Raum angehe, könne man stark darauf abheben, dass man bei den Krankenhäusern die Investitionen in den Häusern in den Blick nehme und sage, das sei im Detail noch nicht entsprechend dargelegt, deswegen tue man sich schwer. Diese Debatte könne der AGS gerne führen.

Was diesen Ausschuss angehe, so komme er darauf zurück, was eben diskutiert worden sei: Da, wo es grüne Ordnungspläne gebe, wo man Bioindikatoren entwickle, wo man Biodiversität in den städtischen Bereichen fördere, komme man automatisch auch zu einer verbesserten Umwelt, in der auch die Krankenhäuser eine bessere Einbindung, einen besseren Standort hätten. Insofern werde aus dem, was man eben diskutiert habe, und dem Antrag hier ein Ganzes. Insofern werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

6 Mithilfe von Agroforstsystemen Synergieeffekte für Naturschutz und Landwirtschaft schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3661

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 24.05.2023)

Dietmar Brockes (FDP) verweist auf die Arbeit und Handlungsempfehlungen der Enquetekommission aus der letzten Legislaturperiode, in denen die Forderungen dieses Antrags eine wichtige Rolle gespielt hätten. Da seien diese Forderungen von allen Fraktionen mitgetragen worden. Seine Fraktion wolle das gerne in diese Legislatur mit hineinbringen. Er gehe davon aus, dass dies auch dieselbe breite Unterstützung finde wie in der Enquetekommission.

Um Agroforstsysteme auf Acker- und Grünland in NRW zu erhöhen, müssten insbesondere bestehende Initiativen und Förderungen für Agroforstsysteme viel unbürokratischer ausgestaltet werden. Nicht nur die Bewirtschaftung von Agroforstsystemen sollte daher gefördert werden, sondern insbesondere auch eine weitere Etablierung dieser Systeme.

Seine Fraktion fordere, Agroforstsysteme auf Demonstrations- und Modellbetrieben zu etablieren, um praxisnahe Erkenntnisse dieser Produktionsmethode zu gewinnen und entsprechende Informationen den landwirtschaftlichen Betrieben in NRW proaktiv zur Verfügung zu stellen.

Die Landwirtschaftskammer NRW könnte zudem bei Agroforstsystemen beraten. Auch brauche man eine experimentierfreudige Forschungsinfrastruktur im Forstgesetz sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene, um diese Agroforstsysteme in den Wäldern entsprechend aufzubauen. Der Ausschuss berate den Antrag heute das erste Mal. Die Forderungen dürften aber allen schon länger bekannt sein. Deshalb würde er sich über die Unterstützung der anderen Fraktionen freuen.

Stephan Wolters (CDU) hält fest, es handele sich um ein hochinteressantes Thema. Alle würden sich damit beschäftigen und auch die Vorteile sehen, die sich daraus ergäben. Es hätte sicher gutgetan, wenn man sich nicht nur die Vorlagen der Vergangenheit vorgenommen hätte, sondern sich auch einmal die aktuelle Umsetzung angeschaut hätte. Der Antrag enthalte ein paar Begrifflichkeiten, die da gar nicht reingehörten. Die Forderung, dass eine Forschungsinfrastruktur im Forstgesetz sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene zur Etablierung von Agroforstsystemen in Wäldern aufzubauen sei, sei sachlich falsch. Es gehöre da nicht hin. Das Agroforstsystem sei eine

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

Systematik, eine Grundlage, die im landwirtschaftlichen Bereich zu sehen sei. Bezogen auf den klaren Hinweis der Landwirtschaftskammer sei Agroforst seit 2023 als Grundlage der ELER-Anträge im Förderrecht implementiert. Die Formulierung stehe sogar drin: „gehört zur landwirtschaftlichen Nutzfläche“.

Zur Evaluierung: Man müsse sich überlegen, was gewesen sei und was Neues kommen solle. Forschungssysteme aufbauen: Es gebe in Deutschland drei Universitäten und Fachhochschulen, die eigene Forschungsgruppen zum Thema „Agroforst“ hätten, übrigens auch an den Stellen, wo sie explizit im Thema „Landwirtschaft“ unterwegs seien.

Kurz gesagt: Auch die Modellbetriebe gebe es bereits. Die könne man sich anschauen. Dann brauche man keine neuen Modellbetriebe zu implementieren. Die Intention, darüber zu reden, sich intensiver mit Agroforst zu beschäftigen, sei mit Sicherheit richtig, aber nicht auf Basis dieses Antrags.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) meint, manchmal habe man den Nachteil, an die Reihe zu kommen, wenn schon das Wichtigste gesagt worden sei. Kollege Wolters habe die entscheidenden Punkte angeführt, was in diesem Antrag zu kurz greife bzw. falsch sei.

Er finde es sehr spannend, dass die FDP diesen Antrag vorlege. Seines Wissens nach sei 2022 auf Bundesebene noch sehr stark gegen Agroforst argumentiert worden. Das sei noch verwunderlicher. Denn in anderen Bundesländern sei Agroforst sicherlich wesentlich notwendiger, etwa in Ostdeutschland, wo die Effekte, die durch Agroforst erreicht werden könnten, besser und eher zu erreichen seien als in dem kleinteiligeren Nordrhein-Westfalen.

Nichtsdestotrotz sei es sicherlich richtig, sich mit dem Thema weiterhin zu beschäftigen und auch in Nordrhein-Westfalen zu gucken, wie die Betriebe, die derzeit auf dem Weg seien, unterstützt werden könnten, wie man davon lernen könne, wie auch der Deutsche Fachverband für Agroforstwirtschaft mitbeteiligt und in die Beratung mit einbezogen werden könne. Da müsse ein Antrag aber mehr Substanz haben als dieser hier. Seine Fraktion könne dem Antrag an dieser Stelle nicht zustimmen.

Zacharias Schalley (AfD) betont, das Konzept von Agroforst sei nichts Neues. Denn jede Kulturlandschaft sei im Grunde genommen Agroforst und dadurch Ausdruck der heimatischen Identität, was seine Fraktion sehr schätze. Agroforst nütze nicht nur biologisch oder ökologisch wirtschaftenden Betrieben, sondern auch konventionellen Betrieben. Denn wichtiger noch als das Bio- oder Öko-Zertifikat auf der Verpackung sei die Struktur in der Landschaft, wofür Agroforst Sorge. Dieser Antrag sei ein erster richtiger Schritt in diese Richtung. Von daher werde seine Fraktion ihm zustimmen.

Bianca Winkelmann (CDU) findet es nett, dass die FDP immer die guten Ideen, die in der Enquetekommission gemeinsam verabschiedet worden seien, in einen Antrag packe. Die Vorredner hätten es, bis auf Herrn Schalley, gesagt: Es fehlten ein paar Dinge. Die Blickrichtung in Richtung Forstgesetz sei nicht passend.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

In dem Antrag stehe, was im Moment an Förderungen beispielsweise über die GAP schon laufe. Da fehle die Forderung, den Anteil zu erhöhen, die 60 Euro/ha im Moment seien wahrscheinlich nicht auskömmlich. Ihrer Fraktion seien ein paar Punkte aufgefallen. Deshalb könne ihre Fraktion leider dem ansonsten nicht so schlechten Antrag nicht zustimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion Drucksache 18/3661 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP, SPD und AfD ab.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

7 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

(Überweisung des Antrags sowie des Entschließungsantrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 24.05.2023)

Die FDP-Fraktion beantragt eine Anhörung.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

8 Stand Aktivitäten der Ökomodellregion (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1312

Der Ausschuss nimmt den Bericht Vorlage 18/1312 zur Kenntnis.

9 Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für NRW-Milchviehbetriebe (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1293

Julia Kahle-Hausmann (SPD) führt aus, nach Lesen des Berichts seien noch ein paar Fragen offengeblieben. Es heiße, dass es im Herbst eine Runde mit den Milcherzeugern gegeben habe. Da sei von den Schließungsplänen von Tuffi noch keine Kenntnis gewesen. Was die Ergebnisse der Runde angehe, heiße es, dass sich keiner gemeldet habe und man keine Auswirkungen befürchte. Über diese Aussage sei ihre Fraktion konsterniert gewesen. Man wisse nicht genau, wie sich das auf das Molkereinetz tatsächlich auswirke.

In dem Bericht würden neun große Molkereien aufgeführt. Sie frage, was mit lokalen, kleineren Molkereien sei, ob das Molkereinetz noch ausreiche. Auch wüsste sie gerne, wie es mit der regionalen Wertschöpfung aussehe. Nun wolle man in dieser Legislaturperiode immer weiter in Richtung regionale Wertschöpfung gehen. Dazu gehöre, dass man sich auf lokalere und kleinere Gebiete beziehe. Sie bitte, dazu noch Ausführungen zu machen.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) gibt an, es sei richtig, im Auge zu haben, wie sich die Entwicklungen auf der Ebene der Verarbeitung auf die landwirtschaftlichen Betriebe auswirkten. Hier seien insbesondere die Molkereien Tuffi und Landliebe betroffen. Es gebe viele Fragen, was damit passiere, weil gerade viele Verbraucherinnen und Verbraucher rund um Köln eine gewisse Bindung zu diesen Molkereien hätten.

Hier gehe es nicht um eine Werbeveranstaltung. Mit einer nüchternen Betrachtung der Situation lasse sich schnell Klarheit schaffen. Von der angekündigten Schließung der Milchwerke Köln würden die NRW-Milcherzeuger nicht betroffen sein. Das heiße, sie würden keinen Anlieferungsstopp erfahren, ihre Milch werde weiterhin ganz normal abgeholt. Auch die Milchmarken würden weiterhin Bestand haben. Es gebe insofern auch keinerlei Aufregung an der Stelle.

Hintergrund sei der von FrieslandCampina als bisherigem Eigentümer der Milchwerke Köln angekündigte Verkauf des Deutschlandgeschäfts mit Standort und Marken an die Privatmolkerei. Das werde in dem Bericht ausgeführt. Im Ministerium sei man hellhörig gewesen und habe mit Campina Kontakt aufgenommen, um die Folgen für die Betriebe abzuklären.

Das Ergebnis des Austauschs mit dem Ministerium sei dann mit Blick auf die Milcherzeuger sehr beruhigend gewesen. Die Mitgliedschaft in der Genossenschaft FrieslandCampina laufe ohne Unterbrechung fort. Die Milch werde künftig an anderen Standorten verarbeitet.

Bezüglich der Marken habe es vom Bundeskartellamt für den neuen Eigentümer auch entsprechende Auflagen gegeben, sodass die Molkerei Hochwald die Marke Tuffi und Lizenzen für Landliebe von der Unternehmensgruppe Müller übernommen habe. Das heiße, an Hochwald würden viele Milcherzeuger aus Nordrhein-Westfalen liefern. Erst im letzten Jahr sei ein neuer großer Standort in Mechernich zusätzlich eröffnet worden. Insgesamt seien negative Auswirkungen aktuell aufgrund der Schließung dieses Molke-reistandorts nicht zu befürchten.

Die Schließung sei ein Teil unternehmerischer Entscheidungen eines großen Players der Milchverarbeitung. Hier seien auch Einflussmöglichkeiten der Politik im Rahmen dieser unternehmerischen Entscheidungen sehr begrenzt. Im vorliegenden Fall sei es auch nicht angesagt gewesen, weitergehend initiativ zu werden. Es bleibe weiterhin ein wichtiges Ziel, dass die regionale Vermarktung und Wertschöpfung gestärkt würden. Das erfahre nach den Gesprächen, die das Ministerium geführt habe, keinen Einbruch, sodass man das im Moment ohne große Bauchschmerzen verfolge.

Norwich Rüße (GRÜNE) findet den Vorgang nicht uninteressant, weil er zeige, wie viel die Auflagen des Bundeskartellamtes wert seien. Dem Ganzen gehe voraus – das werde in dem Bericht auch beschrieben –, dass das Bundeskartellamt Auflagen gemacht habe. Die Unternehmensgruppe Müller stoße ein paar Rechte ab. Im Ergebnis werde ein Molkereistandort geschlossen. Das sei sicherlich nicht genau das, was das Bundeskartellamt eigentlich beabsichtigt habe.

Er verfolge die Entwicklung der Molkereilandschaft in Nordrhein-Westfalen schon ein paar Jahre. Er stelle fest, dass die Zahl der Molkereien seit Langem immer weniger werde und dass man genauso wie im Bereich Schlachtvieh eine Konzentration habe, worum sich das Bundeskartellamt einmal grundsätzlich kümmern sollte. Da gehe es um die Frage, welche Absatzchancen Landwirte eigentlich hätten. Wenn sie an die eine Molkerei nicht liefern wollten, sei die Frage, ob sie überhaupt noch an eine andere liefern könnten oder ob die zu weit weg sei. Mittlerweise seien die Landwirte nur noch Mengenerfüller und hätten kaum Möglichkeiten, preisgestaltend in Verhandlungen mit Unternehmen, mit abnehmenden Unternehmen etwas für sich auszuhandeln.

Er glaube, entscheidend sei – das habe die Ministerin auch gesagt –, den Punkt regionale Vermarktung zu stärken. Diese kleinen Unternehmen würden zwar nie die Mengen erreichen. Aber das zeige, dass es auch andere Möglichkeiten gebe. Darum müsse es ja gehen. In dem Bericht stehe, alle Milch werde abgeholt. Die Bauern müssten nicht befürchten, dass sie auf vollen Milchtanks sitzenblieben. Da stelle man sich die Frage, was das zum Beispiel für die Autobahnbrücken bedeute. Das seien jetzt nicht die Riesenmengen, aber wie alles scheine Ware im Wert nur noch dann zu steigen, wenn es auf der Autobahn rumfahre. Das sei bei der Milch auch der Fall. Er wüsste gerne, wie viele Kilometer die Milch vom Bauernhof bis zur Verarbeitung hinter sich habe, wie das 1970 gewesen sei und wie das heute sei.

In dem Bericht seien die Molkereien aufgeführt. Es würden neun Molkereien genannt. Das seien aber nicht alle Molkereien, die es in Nordrhein-Westfalen gebe. Vielleicht

habe er weitere Schließungen verpasst so wie Wiesehoff in Schöppingen oder Wiegert in Borken. Söbbeke sei nicht größer als Wiesehoff.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) verweist darauf, im Bericht werde aufgeführt, dass es noch 16 kleinere Unternehmen gebe, die tätig seien.

RB'r Joachim Hartung (MUNLV) kommt auf die Molkerei Wiesehoff zu sprechen. Die Molkerei Wiesehoff habe im letzten Jahr Insolvenz angemeldet habe. Die Lieferanten von Wiesehoff lieferten mittlerweile an die Molkerei Schwälbchen.¹ Sie werde im Bericht erwähnt.

Die Molkerei Wiegert habe mittlerweile mit der Molkerei Fude + Serrahn fusioniert. Fude + Serrahn sei das Hauptunternehmen und werde auch im Bericht genannt. 16 kleinere Molkereien, die in NRW ansässig seien, hätten meist eine Direktvermarktung oder hätten eine Größenordnung, dass diese Molkereien auch Milch von anderen Milcherzeugern annehmen würden.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) findet die Aussagen zur regionalen Wertschöpfung nicht ausreichend. Auf Seite 5 heiße es, dass die Landesregierung seit Jahren erfolgreich Fördermaßnahmen zur Stärkung der regionalen Vermarktung und zur Realisierung regionaler Wertschöpfung betreibe, die auch auf die Erzeugung und Verarbeitung von Milch abzielten. Sie frage, ob das Ministerium einen Überblick habe, wie viele Molkereien daran teilnehmen würden und wie die konkreten Ergebnisse aussähen. Die Frage schließe sich nahtlos an Herrn Rüße an, der gefragt habe, wo die Milch hingehe, ob man die Milch nur noch über die Autobahnen transportiere. Bei der regionalen Wertschöpfung sollte ja die Milch nicht über Autobahnen transportiert werden. Die kleineren Einheiten sollten bevorzugt werden. Sie frage, wie viele Betriebe dabei seien.

RB'r Joachim Hartung (MUNLV) antwortet, die Fördersummen könne er jetzt nicht benennen. Wie in dem Bericht beschrieben, ziele diese Förderung auch nicht speziell auf Molkereien oder Milcherzeuger ab, sondern beziehe sich auf den Bereich der Primärerzeugung. Dafür stünden die Fördermittel bereit. Die Programme gebe es also für die Primärerzeugung, für den Landwirtschaftssektor insgesamt. In diesen Programmen würden auch Projekte realisiert, die speziell Milcherzeuger berücksichtigen würden. Ein Beispiel aus dem Förderprogramm zur Absatzförderung sei die Käsestraße NRW. Da werde speziell auf kleine Direktvermarkter abgezielt, um die Produkte besser präsentieren zu können, auf sie aufmerksam zu machen.

Ein weiteres Projekt, in dem Milchprodukte und Milch eine besondere Rolle spielen würden, sei das Projekt „NRW ist gut“. Da werde regelmäßig Milch thematisiert. Ein weiteres Förderprojekt, das über die Landesvereinigung der Milchwirtschaft gefördert werde, sei eine Produktionsberatung, die insbesondere den kleinen Molkereien zugutekomme. Diese Produktionsberatung beinhalte unter anderem Fragen zu Hygienekon-

¹ Richtigstellung der Aussage durch das MLV siehe Anlage 4

zepten – ein Bereich, in dem die Anforderungen ständig stiegen, wo gerade kleine Molkereien und Direktvermarkter auf externe Hilfe angewiesen seien, um diese Anforderungen zu erfüllen. In diesem Bereich erfolge eine entsprechende Förderung.

Markus Höner (CDU) stellt heraus, als er die Berichtsanfrage gelesen habe, sei er sehr verwundert gewesen. Von der sachlichen Einschätzung her sei ihm klar: Wenn es um einen genossenschaftlichen Betrieb gehe, wo es um Lieferrechte gehe, und ein Standort geschlossen werde, werde die vertragliche Bindung nicht hinfällig. Nun gebe es Rechte und Pflichten aus diesen Lieferverträgen. Er sei sehr froh, dass sich das in der Beantwortung widerspiegelt habe, wie er im Vorfeld vermutet habe.

Tatsache sei, dass sich die Verarbeitung der Milch auf wenige Standorte konzentriere, was auch damit zu tun habe, dass man auf einem stark umkämpften Markt sei, obwohl bei den Unternehmen im Kampf mit dem Lebensmitteleinzelhandel immer noch eine Wirtschaftlichkeit gegeben sein müsse. Genau das spiegele das wider.

Er stimme Herrn Rüße zu, wenn er sage, dass als Konsequenz daraus immer mehr Ware auf die Straße komme. Da müsse man sehen, wie man so etwas langfristig steuern könne, wobei das auch ein Stück weit eine wirtschaftliche Entscheidung dieser Unternehmen sei.

Ein Großteil der Milch werde im Lebensmitteleinzelhandel umgesetzt und nur zu einem geringen Teil über andere Ketten, andere Vermarktungswege. Von daher sei die Situation in diesem Bereich so, wie sie sich im Moment darstelle. Er sehe die Meinung seiner Fraktion zu dieser Frage in dem Bericht bestätigt.

Dr. Ralf Nolten (CDU) führt aus, wenn man die weiße Linie betrachte, erinnere er sich noch an die Milchunion Hocheifel. Sie habe deswegen so lange überlebt, weil sie keine anderen Molkereistandorte habe übernehmen müssen. Sie habe die Kostenführerschaft in der weißen Linie gehabt. Sie habe sämtliche Discounter bedient, ob es französische Discounter, belgische oder die deutschen gewesen seien. Wenn der Preisdruck so groß sei, seien die Einheiten auch entsprechend groß.

Eben sei aufgezeichnet worden: Wenn man in die Regionalität hineingehe – da sei er den Ausführungen von Herrn Hartung dankbar –, komme man stark in den Bereich der gelben Linie. Dann sei man bei den kleinen Käsereien, weil man damit eine höhere Wertschöpfung habe und auch ein Produkt habe, das transportwürdig sei. Bei der Frischmilch tue man sich damit schwer. Die Milchautomaten bildeten auch nicht die großen Absatzschienen, wo man sage, man habe die Wertschöpfungskette verkürzt. Die Verbraucher seien scheinbar nicht hingegangen, sonst gäbe es die ja noch. Die gebe es nur sehr begrenzt. Wenn neue Automaten auf den Weg kämen, berichte das Wochenblatt über die ersten zwei, drei, die aufgestellt hätten. Ein Massenphänomen sei das nie gewesen. Da entschieden die Leute am Kühlregal, was man tue und was man nicht tue.

Bei der Debatte über die Inflation in den letzten Jahren habe man verfolgen können: Frischmilch, Butter usw., da hätten die Leute die Preise im Kopf. Da sei es ein ent-

sprechender Druck da. Man könne sich gerne wünschen, dass man mehr Betriebe habe, die selber Speiseeis erzeugen würden oder Käsereien betreiben würden; letztlich seien es betriebswirtschaftliche Entscheidungen der Unternehmer, die ohnehin jeden Tag morgens früh aufstünden.

Er habe auch mal ein Jahr Praktikum auf einem Milchviehbetrieb gemacht und habe gemolken, sei morgens um 4:00 Uhr aufgestanden, um 5:00 im Stall gewesen. Das komme ja bei der Direktvermarktung für die Betriebe noch hinzu, nur damit man sich da keine Illusionen mache.

10 Einführung einer Rohstoffabgabe (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1294

René Schneider (SPD) schickt voraus, zunächst habe er gedacht, das Ministerium wolle den Ausschuss mit der Beantwortung der umfangreichen Fragen ärgern. Nach 343 Tagen – das habe er heute gelernt – wisse er es besser. Er gehe nun davon aus, dass der Minister es tatsächlich nicht besser wisse. Knapp ein halbes Jahr, bevor daran gedacht sei, die Rohstoffabgabe rechtswirksam werden zu lassen, nämlich zum 01.01.24, könne der Minister nichts über einen Zeitplan sagen. Er könne nicht sagen, ob es Hindernisse bei der Verfassungsmäßigkeit dieser Abgabe gebe, und er könne nicht sagen, ob er bei der Einführung einer Rohstoffabgabe Jobs in NRW in Gefahr sehe. Das alles könne der Minister angeblich nicht sagen, weil er noch Gespräche führen müsse. Das halte er für abenteuerlich.

Zumindest diese letzten drei Fragen könne er beantworten. Der Zeitplan sei der 01.01.2024, hoffe er zumindest. Das Zweite: Natürlich sei das Ganze verfassungsmäßig. Die Rohstoffabgabe sei für das Bundesamt kein Problem. Jobs in Gefahr, das sei Säbelrassen von vero (Verband der Bau- und Rohstoffindustrie). An diese drei Fragen könne er einen Haken setzen. Der Minister tue das aber nicht, weil er sage, er wisse es nicht. Das erschrecke ihn, ehrlich gesagt. Diese Anfrage sei gar nicht als Blame Game gedacht, sondern eher als Unterstützungstat. Diese drei Sachen hätte der Minister zumindest annonciieren können. Die SPD, die ja für die Einführung einer solchen Abgabe sei, um es deutlich zu sagen – das stehe in dem Positionspapier, auch im Wahlprogramm –, sei Verbündeter in dieser Sache.

Er hätte sich an der Stelle gewünscht, dass der Minister über den eigenen Schatten springe und sage: Man nutze diese annoncierten Fragen, um die Position der Landesregierung deutlich zu machen, dass die Rohstoffabgabe in Kraft treten solle, dass es verfassungsmäßig sei und dass das Säbelrassen, wonach Tausende von Jobs in der Bauindustrie in Gefahr seien, völlig abstrus sei. Es werde ja nicht aufgehört zu bauen, sondern die Baustoffe würden sich verschieben. Es werde mehr in Richtung Sanierung statt Neubau gehen. Nun habe der Minister noch 1.432 Tage, bis am Muttertag 2027 gewählt werde, um zu verstehen, dass man an der Stelle Verbündeter sei und man durchaus die Opposition einmal in Kenntnis setzen dürfe, wie die Sache gelagert sei.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bedankt sich für die Ausführungen. Wenn Herr Schneider die Antworten auf seine Fragen schon kenne, dann sei es schon interessant, warum er die Fragen stelle. Er stelle für die Landesregierung klar, dass zurzeit ein Willensbildungsprozess stattfinde, und dieser Willensbildungsprozess sei nicht abgeschlossen. Deshalb sei es für sein Ministerium schwierig, diese Fragen zu beantworten. Wenn Herr Schneider die Antworten für sich geklärt habe, sei es gut. Es freue

ihn, das so zu hören. Das sei eine gute Nachricht für heute. Ihm jedenfalls sei das so nicht klar gewesen.

Dietmar Brockes (FDP) hält fest, er sei inhaltlich völlig anderer Auffassung als die SPD. Aber die Beantwortung der Fragen hier sei eine Unverschämtheit. Wenn der Eingangstext schon länger sei als die Beantwortung selbst – der Mitarbeiter habe noch extra die unbeantworteten Fragen drangehängt, damit man so halbwegs auf eine halbe Seite komme –, dann sei das unverschämt.

Wenn der Minister sage, er sei im Willensbildungsprozess, dann müsse es doch für diesen Willensbildungsprozess eine Grundlage geben. Die Grundlage sei die Beantwortung der Fragen. Wenn sich der Minister mit dem Koalitionspartner noch nicht einig sei, sei das der eine Punkt. Aber die Beantwortung von Fragen der Opposition sei etwas völlig anderes. Hier würden fachliche Fragen gestellt, die habe das Ministerium zu beantworten. So sei es wirklich eine Frechheit.

Dr. Ralf Nolten (CDU) bittet herunterzukommen. Im Koalitionsvertrag stehe die Einführung der Abgabe mit drin. Dahin werde entsprechend gearbeitet. Da könne man spekulieren, so viel man wolle. Es sei sicherlich richtig, dass man Gespräche auch so führe, dass man hintenheraus zu einem Ergebnis komme.

Wenn er nach Berlin gucke, da sehe er eine Debatte, die deutlich mache, was passiere, wenn man sich die Dinge auf dem Marktplatz von verschiedenen Ecken zurufe. Der Wille sei doch, gemeinsam zu arbeiten. Das Ergebnis sei dann das, was man jetzt kenne. Er verstehe und unterstütze den Minister, wenn er sage, man sei hier in Gesprächen. Die Vorlage sei jetzt nicht die Beantwortung der sechs Fragen, sondern die Vorlage sei dann das, was nachher vorgestellt werde. Wenn Herr Schneider glaube, dass ein Ministerium diese sechs Fragen bräuchte, um eine entsprechende Vorlage zu erstellen, dann sei das abenteuerlich.

Minister Oliver Krischer (MUNV) hebt hervor, die Fragen, die hier gestellt seien, würden ausschließlich auf den Willensbildungsprozess der Landesregierung abzielen. Der sei geschützt. Deshalb sei es nicht Aufgabe der Landesregierung, das hier zu beantworten.

Es sei selbstverständlich, dass eine Landesregierung, um diese Fragen beantworten zu können, sich eine Meinung bilden müsse. Dieser Prozess sei nicht abgeschlossen. Das werde mit dieser Vorlage dokumentiert. Da gebe es auch nichts, worüber man sich empören müsse. Es sei ein ganz normales Arbeiten einer Landesregierung, dass sie, bevor sie diese Fragen beantworte, gegebenenfalls mit einem konkreten Vorschlag komme und hier Dinge in die Welt setze, diesen Willensbildungsprozess abschließe. Das habe jede Landesregierung zuvor gemacht; er gehe davon aus, das werde jede Landesregierung in Zukunft machen, jedenfalls alle seriös arbeitenden.

Dr. Nolten habe beispielhaft gezeigt, was passiere – das könne man in Berlin im Moment sehen –, wenn so etwas nicht in einer angemessenen und seriösen Art und Weise stattfinde.

René Schneider (SPD) widerspricht dem Minister. Auch durchs Wiederholen werde es nicht wahrer. Hier seien natürlich Fragen drin, die sich auf den Willensbildungsprozess bezögen, geschenkt. Aber er habe die Fragen zitiert, die fernab von einer Willensbildung seien. Der Minister wolle heute nicht beantworten, ob Jobs bei der Einführung einer Rohstoffabgabe in Gefahr seien. Er wolle die Frage nicht beantworten, ob es Hindernisse bei der Verfassungsmäßigkeit gebe. Das alles habe überhaupt nichts mit Willensbildung zu tun, sondern das habe mit einer fachlichen Einschätzung des Ministeriums zu tun. Wenn die Abgeordneten da nachfragen würden – solche Einschätzungen habe der Minister doch, nun wolle er nicht so vehement machen wie Kollege Brockes, der aber in der Aussage recht habe –, dann habe der Minister auch die Pflicht, darauf zu antworten. Da könne er sich nicht hinter Willensbildung verstecken. Dann könne man demnächst alles hinter Willensbildung verstecken nach dem Motto: „Ich will nichts dazu sagen, das ist Willensbildung.“

Das seien zwei Punkte, zu denen der Minister sehr wohl hätte eine Auskunft geben können. Er habe es wieder einmal nicht getan. Er habe schon gesagt, er würde es nicht als Ärgern verbuchen, sondern der Minister wisse es wahrscheinlich heute noch gar nicht.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE) unterstreicht, das eigentliche parlamentarische Verfahren beginne mit der Einbringung des Gesetzentwurfes. Dann würden genau die Fragen, die gestellt worden seien, ausführlich diskutiert. Da sei für ihn auch der richtige Zeitpunkt. Gegebenenfalls werde man auch eine Fachanhörung mit Experten machen, in der diese Fragen sicherlich umfassend erörtert würden. Verschiedene Interessengruppen hätten schon versucht, diese Diskussion vorher vom Zaun zu brechen.

Kollege Nolten habe mit Blick auf Berlin zu Recht darauf hingewiesen, was passiere, wenn ein Gesetzentwurf, der noch nicht fertig und ausdiskutiert worden sei, zu bestimmten Sachfragen vorzeitig diskutiert werde. Aus Sicht der Opposition könne man verstehen, dass man das Regierungshandeln chaotisieren und erschweren wolle. Deshalb sei da Vorsicht geboten, diesen Diskussionsprozess in einer bestimmten Abfolge zu machen und ein abgewogenes Ergebnis im Rahmen eines Gesetzentwurfes erst danach zu diskutieren.

Dietmar Brockes (FDP) verweist auf das Informationsrecht, das die Oppositionsfraktionen hätten, und die Informationspflicht der Regierung. Die sei nicht daran gebunden, wann die Landesregierung irgendwelche Gesetzentwürfe auf den Tisch lege. Dieses Recht bestehe seitens der Abgeordneten. Dieses Recht sei unter anderem von der Ministerin Neubaur – das Thema habe man eben im Wirtschaftsausschuss gehabt, deshalb reagiere er so allergisch – zum Beispiel bei den Verhandlungen und der Verständigung mit RWE gebrochen worden. Es gebe ein Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung, das klar sage, dass dort Rechtsbruch begangen worden sei.

Hier werde nun auf Fragen der Opposition nicht fachlich geantwortet. Man könnte ja sagen, es gebe diesen und jenen Weg. Es werde gerade geprüft. Aber man gehe gar nicht auf die Fragen ein. Es gehe um fachliche Fragen. Welchen Entwurf der Minister

hinterher vorlege, stehe auf einem völlig anderen Blatt. Die grüne Fraktion – Kollege Rübe werde es wissen – sei in der vergangenen Legislatur da sehr sensibel gewesen. Es erschüttere ihn, dass gerade die grüne Fraktion von den Informationsrechten, die die Opposition habe, heute nichts mehr wissen wolle.

Minister Oliver Krischer (MUNV) legt dar, die SPD-Fraktion habe sechs Fragen gestellt. Die Beantwortung aller dieser sechs Fragen erfordere eine abgeschlossene Willensbildung der Landesregierung zu diesem konkreten Thema, um sie seriös und qualifiziert beantworten zu können.

Es werde keine einzige Sachinformation vorenthalten. Es werde nicht gefragt, wieviel Tonnen Kies in Nordrhein-Westfalen gefördert würden. Von ihm werde eine seriöse, eine qualifizierte Beantwortung erwartet. Um die Frage zu beantworten „Wie plant die Landesregierung die Ausgestaltung dieser Abgabe?“, müsse sich die Landesregierung endgültig einen Willen gebildet haben. Alles andere sei von der Sache her völlig unmöglich.

Natürlich könne man die Landesregierung kritisieren und sagen, das sei alles schwierig. Um diese Fragen, so wie sie hier gestellt worden seien, zu beantworten, brauche es eine abgeschlossene Willensbildung. Diese sei nicht abgeschlossen. Bei allem Respekt – das Ministerium beantworte alle Fragen, auch ausführlich –, aber das sei etwas, was zugegebenermaßen unmöglich sei und die Arbeit des Ministeriums verunmögliche, wenn man diese Fragen hier entsprechend beantworten würde.

11 Stellen Nutrias eine Gefahr für die NRW-Deiche dar? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1297

René Schneider (SPD) bezeichnet den Bericht als sehr informativ, aber auch entlarvend. Der Minister führe aus, dass EU-weit die Nutria als invasive Art gejagt werden solle. Die Nutria stehe auf der Unionsliste der aufgeführten Arten und sei zu bekämpfen. Im Vergleich zu den Niederländern werde es peinlich, denn die Niederländer nähmen es ernst. Sie nähmen Geld in die Hand, würden Jäger losschicken und hätten das Tier ausgerottet. Jetzt wunderten sie sich, dass der „trackige“ Nachbar nebenan das nicht auf die Reihe kriege. Die Nutria gehe nun über die Grenze, suche sich da ihren Schutzraum und komme über die Grenze, was dazu führe, dass die Niederländer fragen würden, ob sie hier helfen könnten, ob sie ein Problem hätten, ob sie Jäger schicken sollten. Es stehe in der Vorlage, dass die Niederländer Jäger auf die andere Seite schicken würden, damit sie die Nutria vertrieben, wobei man zwar 27.000 Tiere pro Jahr auch schon töte, aber scheinbar noch nicht genug.

Nun heiße es in der Beantwortung der Frage 5, dass im Unterschied zu den Niederlanden wegen anders gelagerter Risiken in Deutschland eine andere Bekämpfung stattfinde. Er denke, das Risiko sei das gleiche, dass Nutrias die Deiche insoweit instabil machen könnten, dass es zu einer Überschwemmung komme. Dass die Niederländer vielleicht noch tiefer lägen und die Schäden vielleicht größer seien, sei dahingestellt. Das Risiko sei, dass der Deich schadhaft werde, seinen Zweck nicht erfüllen könne. Er bitte um Aufklärung, was mit anders gelagerten Risiken gemeint sei. Nun wisse er nicht, ob nicht viel konsequenter gegen dieses Tier vorgegangen werden müsse bis hin dazu, dass auch die Bejagung etc. finanziert werde, weil das essenziell sei. Das könne man nicht einfach im Vergleich zu den Niederlanden so abtun und sagen, hier sei ein anderes Risiko. Er bitte um Aufklärung, warum das so sei.

Zacharias Schalley (AfD) merkt an, in der Beantwortung auf Frage 2 schreibe die Landesregierung, dass sie keine spezifische Erhebung von durch Nutrias verursachten Schäden an Deichen vornehme. Er frage, warum das nicht artspezifisch erhoben werde, um geeignete Bekämpfungsmaßnahmen zum Beispiel zu ergreifen. Er frage, woran das hapere, ob der Deichgräf mehr Kompetenz oder mehr Fachwissen brauche oder ob es rechtlich-bürokratisch nicht vorgesehen sei, eine solche Erfassung vorzunehmen.

Dietmar Brockes (FDP) hat eine inhaltliche Nachfrage. Er frage, wie der Nutria in den Niederlanden bekämpft werde, ob er geschossen werde, ob es Lebendfallen, Totschlagfallen seien. Das würde ihn interessieren.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bedankt sich für die Nachfragen. Frau Bönninghausen könne gleich Ausführungen dazu machen, wo die Unterschiede zu den Niederlanden bestünden, wobei in den Niederlanden eine intensive Kampagne erfolgt sei, um die Nutria zu bekämpfen. Eine solche Kampagne habe Nordrhein-Westfalen bisher nicht gefahren, weil sich die Problematik in Nordrhein-Westfalen in dem Ausmaß, wie sie in den Niederlanden relevant gewesen sei, nicht gestellt habe. Man werde sicherlich das ganze Thema im Auge behalten müssen. Das werde auch in dem Bericht dargelegt.

Sofern die Notwendigkeiten gegeben sein sollten, weiter aktiv zu werden und Probleme aufzutreten, werde das Land selbstverständlich in der angemessenen Art und Weise reagieren auf Grundlage der entsprechenden EU-Verordnung für Neozoen, die die Probleme verursachten. Wie die Nutria in den Niederlanden bejagt werde, dazu könne Frau Bönninghausen sicherlich etwas sagen.

RB'e Claudia Bönninghausen (Abteilungsleiterin Naturschutz MUNV) gibt an, die Nutria werde in den Niederlanden gejagt wie in NRW. Hier in NRW sei Nutria kein Wild im Sinne des Landesjagdgesetzes. Seit letzten Jahres gebe es einen Erlass des MLV aus dem Jagdrecht, mit dem die Jagdausübungsberechtigten Nutria schießen könnten, weil es diese Schäden anrichte und weil es als invasive Art eingestuft sei. Das gelte in den Niederlanden genauso, weil das Europarecht sei.

Die Niederlande seien von den Räumlichkeiten her anders ausgestaltet. Die Topografie sehe anders aus. Risiken richteten sich dort nach der Einschätzung, was die Konsequenz sei. Wenn in den Niederlanden etwas passiere, dann fließe Wasser in ein sehr tief liegendes Land. Die Niederlande würden in die Nutriabekämpfung an den Deichen investieren. Wo da genau der Unterschied sei, müsse man noch einmal genau klären. Auf jeden Fall werde die Nutria in den Niederlanden geschossen. Es gebe auch Lebendfallen, es gebe keine Totschlagfallen. Auch da werde Tierschutz befolgt wie hier auch.

Die Schäden der Nutria träten immer zusammen auf mit Schäden von Kaninchen oder Bisam. Das seien gleichgewichtete Schäden, sie bauten alle Höhlen oder Bauten in die Deiche hinein, die von den Unterhaltungspflichtigen in den Deichverbänden kontrolliert und behoben würden. Da liege die Verantwortung. So sei das hier rechtlich geregelt.

René Schneider (SPD) meint, auch wenn die Troglage in den Niederlanden vielleicht mehr Schäden verursache: Wenn die Nutria ursächlich für einen Deichbruch sei, dann sei der Schaden diesseits wie jenseits der Grenze immens. Troglagen gebe es hier auch. Insofern finde er die Argumentation in diesem Bericht abenteuerlich. Man sollte sie so auch nicht fortführen und sagen, weil das Risiko in den Niederlanden größer sei, würden sie das Tier viel ernster jagen. Er meine, man sollte die Nutria diesseits wie jenseits der Grenze konsequent jagen, weil es auch EU-Recht sei und EU-weit so gehandhabt werde.

Es sei doch auch peinlich, man sei ein schlechter Nachbar. Wenn er Ratten im Garten habe, die vertreibe und sein Nachbar mache das nicht, dann sei man ein schlechter

Nachbar. Ähnlich sei das an dieser Stelle. Man werde das wahrscheinlich noch einmal aufgreifen. Im Duden heiße es im Übrigen die Nutria und nicht der Nutria. Die Nutria gelte es zu bekämpfen, gerade an Stellen des Deichbaus.

Im Übrigen solle Nutria ausgesprochen gut schmecken, vor allem als Pulled Nutria, wie er von verschiedenen Mitgliedern dieses Ausschusses habe erfahren dürfen. Da interessiere auch die Verwertung. Man lese hier, es gebe 27.000 Tiere. Ursprünglich seien die mal eingeschleppt worden als Pelzlieferanten. Er frage, was mit diesen Tieren passiere. Neben der Quelle als Fell gebe es ja noch das Fleisch, das der Mensch essen könne. Er frage, inwiefern man da in eine Verwertung einsteigen könne.

Wilhelm Korth (CDU) hält es für angeraten aufzupassen, welche Begrifflichkeiten man bei der Nutriabekämpfung wähle. Er glaube nicht, dass NRW ein schlechter Nachbar sei. Bei ihm im Revier sei es klar geregelt. Es gebe vom Kreis einen Beauftragten, der Jagdausübungsberechtigter sei. Er fange die Nutria und bekomme für jede Nutria am Ende einen Obolus ausgezahlt. Wenn man eine etwas andere Vorgehensweise wähle, dann dürfe man nicht mehr von Bejagung sprechen. Immer wenn man von Bejagung spreche, dann habe die Bejagung ein Ziel, nämlich einen ausgeglichenen und artgerechten Wildbestand zu erhalten. Dann sollte man auch ehrlich sein und sagen, man müsse die Nutria bekämpfen. Wenn man in Deutschland von Jagen spreche, gebe es einen gewissen ethischen Hintergrund dazu. Da gebe es den Aufzuchtsschutz in der Elterntierzeit. Da frage er, wie das in den Niederlanden gemacht werde.

Herr Schneider habe von der Rattenbekämpfung gesprochen. Die Ratte werde bekämpft, ganz egal, in welchem Zustand sie gerade sei. Da interessiere, ob man das bei der Nutria auch so machen solle, ob man vom Bejagen oder von Bekämpfung spreche. Man sollte sich schon klar darüber sein, wenn man diese Diskussion weiterführe, was das eigentlich bedeute.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bedankt sich für die Beiträge, die gezeigt hätten, dass es hier am Ende auch um eine Entscheidung gehe, wie man mit den Nutria umgehe. Auch im Duden stünden unterschiedliche Angaben, was den Artikel angehe.

In dem Bericht werde deutlich, dass die Niederlande eine ausgesprochene Kampagne gefahren hätten, eine bewusste politische Entscheidung getroffen hätten, Nutrias mit großem Aufwand und immensem Einsatz zu bekämpfen. Diese Entscheidung sei weder in Nordrhein-Westfalen noch in der Bundesrepublik insgesamt bisher so getroffen worden, weil die Schäden, die entstünden, nicht als so relevant betrachtet würden, dass man diese umfassende Kampagne jetzt fahren müsse.

Wie Zahlen belegen würden, finde eine Bekämpfung der Nutria an einzelnen Stellen, da, wo Schäden verursacht würden, naturgemäß statt. Wenn es ein politisches Ziel sein solle, eine solche Kampagne auch in Nordrhein-Westfalen zu fahren, um am Ende das Ziel zu haben, Nutrias komplett aus den Gewässern, überall da, wo sie vorkämen, zu entfernen, dann bedürfe das einer grundsätzlichen Entscheidung. Darüber könne man politisch intensiv diskutieren. Er bitte Frau Bönnighausen, noch einmal darzulegen, was die bisherigen Aktivitäten und die Verwertung der bisher entnommenen Nutrias

angehe. Was den Geschmack angehe, so könne er das nicht beurteilen. Er habe dazu unterschiedliche Meinungen gehört. Er habe gerade erfahren, dass die Zähne der Nutrias verwertet würden. Wie das generell genutzt werde, wisse er nicht.

RB'e Claudia Bönnighausen (Abteilungsleiterin Naturschutz MUNV) gibt an, tatsächlich werde die Nutria in Restaurants verwertet. Es gebe keine generelle Verwertungsform. Die Nutria seien aus Pelzfarmen entwichen und hätten sich dann ausgebreitet. Derjenige, der die Tiere schieße, weil sie keinem Schutz unterlägen, könne mit diesen Tieren eine Nutzung vollziehen. Ob das eine fleischliche Nutzung sei oder ob der Pelz genutzt werde, sei denen überlassen, die die Tiere jagen würden. Insofern könne sie das nicht für das ganze Land oder für einen Großteil der geschossenen Tiere belegen.

Mit der Bekämpfung und Steigerung der Jagdstrecke sei schon viel erreicht worden. Ob man Aufwand und Ertrag für eine große Kampagne noch einmal gegenrechne, sei eine Frage, die hier entschieden werden müsste. Die Niederlande hätten als ein wesentlich dichter besiedeltes Land mit einer anderen Grundvoraussetzung sehr viel investiert.

Dr. Ralf Nolten (CDU) hält fest, im Bericht im letzten Absatz heiße es: „In Deutschland findet eine Bekämpfung wegen anders gelagerter Risiken, räumlich anlassbezogen durch Jagdausübungsberechtigte statt.“ Insofern sei es das Wichtigste, dass man prüfe, wie sich die Nutria in Nordrhein-Westfalen verbreite. Wenn es nach wie vor nur die Flachlandbereiche seien, dann stehe fest, dass es in den Niederlanden deutlich mehr Flachland als in Nordrhein-Westfalen gebe.

Die Frage, wie viele Deiche man im Süderbergland, in der Eifel oder im Weserbergland habe, wie das mit der Instandhaltung sei, mache deutlich, dass es doch darum gehe, dass es Menschen gebe, die für die Deiche verantwortlich seien. Sie würden diese Entscheidung vor Ort treffen. Jetzt generell etwas über das ganze Land auszurollen, wo man in vielen Bereichen noch unter der Schwelle liege, dann sei das doch so, als wenn man mit Kanonen auf Spatzen schieße.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
18. Sitzung (öffentlich)

07.06.2023
sd-meg

12 Verschiedenes

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, der 16. August 2023 sei zunächst ein Bedarfstermin gewesen. Jetzt werde eine reguläre Sitzung stattfinden.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzender

6 Anlagen

18.08.2023/24.08.2023

Was kostet die Imkerei für den Anfänger ?

Eine Grundausstattung bestehend aus zwei Bienenvölkern nebst Bienenkästen, Rähmchen, Mittelwänden, Imkerbluse mit Haube und Handschuhen, Imkerrauchgerät, Stockmeißel und Abkehrbesen kostet ca. 750 €.

Mit Beginn der Imkerei sollte auf jeden Fall eine Anfängerschulung besucht werden, die vom Landesverband, mehreren Imkervereinen und Kreisimkervereinen angeboten wird.

Ein Anfänger sollte sich eine erfahrene Imkerin oder einen erfahrenen Imker als Patin oder Paten suchen und mit mindestens zwei aber höchstens fünf Völkern beginnen, um die Imkerei mit der allmählich gewonnenen Erfahrung aufzubauen.



Kontakt:

Landesverband
Westfälischer und Lippischer Imker e. V.
Langewanneweg 75
59063 Hamm
Tel.: 0 23 81 / 51 09 5
E-Mail: info@lv-wli.de
www.lv-wli.de



Wichtige Adressen:

Deutscher Imkerbund e. V.
Villiper Hauptstraße 3
D-53343 Wachtberg – Villip
Tel.: 0 22 8 / 93 29 20
www.deutscherimkerbund.de

Landwirtschaftskammer NRW
AG Bienenkunde
Nevinghoff 40
D-48147 Münster
Tel: 0 25 1 / 23 76 663
www.landwirtschaftskammer.de



Bunte Blumenwiesen bieten den Bienen nach der Blütenpracht im Frühjahr wichtige Nahrung und sehen gut aus.

Impressum:

Herausgeber: Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e. V.

Text: Dr. Ingrid Illies, Dr. Thomas Klüner, Paul Walter

Fotos: Dennis Schüler, Sigrid Knepper

Imkerei in
Westfalen-Lippe



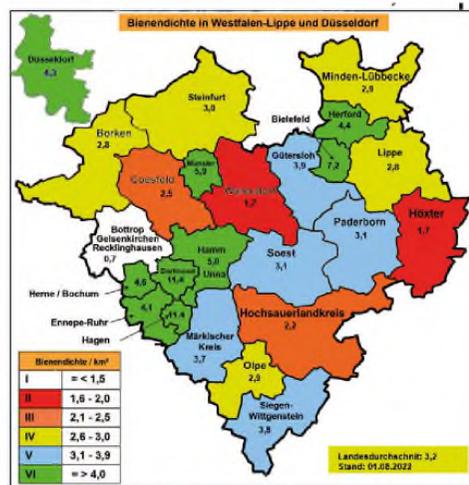
Der Landesverband
Westfälischer und
Lippischer Imker e. V.
informiert:

Imkerei ist ...

-  arbeiten in und mit der Natur
-  Landwirtschaftliche Produktion
-  Faszination Honigbiene!

Imkerei in Westfalen-Lippe

Imkerei hat in Deutschland eine lange Tradition. Die Imker im Mittelalter, die Zeidler, waren angesehen und der Wert eines Bienenvolkes wurde hoch geschätzt. Vor der Gewinnung von Zucker aus Rüben oder Zuckerrohr, war Honig das einzige Süßungsmittel der Menschen.



Heute liegt die Imkerei in Deutschland zum größten Teil in der Hand von Freizeitimkerinnen und -imkern. In Westfalen-Lippe sind es rund 10.150 Imkerinnen und Imker mit ca. 69.000 Bienenvölkern. Der Landesverband Westfälischer und Lippischer Imker e.V. vertritt die Interessen seiner Mitglieder in der Gesellschaft und besteht aus 29 Kreis- und 215 Imkervereinen.

Imkerei hat Zukunft

Die Zahl der Imkerinnen und Imker nimmt nach Jahren der Stagnation wieder zu. Für die Sicherung einer flächendeckenden Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen müssen sich auch in Zukunft Menschen für die Imkerei begeistern und gewonnen werden.



Der Schwarm - die natürliche Vermehrungsform der Bienenvölker - ist auch für Imkerinnen und Imker immer wieder ein Erlebnis.

Imkerei ist für jeden möglich

In den letzten Jahren hat sich in der Imkerei viel verändert und es ist heute auch ohne große Kosten und eigenes Grundstück möglich Bienen zu halten. Imkervereine vor Ort, der Landesverband und die Landwirtschaftskammer NRW beraten Sie gerne.

Staunenswertes über Bienen und Wissenswertes über die Imkerei

- 🐝 In einem Bienenvolk leben im Sommer ca. 60.000 Arbeiterinnen, einige hundert Drohnen, aber nur eine Königin.
- 🐝 Die Königin legt im Jahr bis zu 200.000 Eier, im Sommer täglich etwa 1.500 bis 3.000. Diese Tagesmenge entspricht dem Körpergewicht der Königin.
- 🐝 Die Arbeiterin braucht für ihre Entwicklung vom Ei bis zum fertigen Insekt 21 Tage, der Drohn 24 und die Königin 16 Tage.
- 🐝 Für 1 kg Honig müsste eine einzelne Biene eine Strecke zurücklegen, die dreimal um den Erdball reicht.
- 🐝 Für 1 kg Honig müssen die Bienen 10 bis 15 Millionen Blüten besuchen, die sie dabei bestäuben.
- 🐝 In Deutschland halten nahezu 152.000 Imkerinnen und Imker etwa 1.018.000 Bienenvölker, die im Mittel 20.000 t Honig liefern.
- 🐝 Wir Deutschen sind Weltmeister im Honigverzehr: Pro Kopf werden jährlich 1,2 kg „vernascht“.

Quelle: Deutscher Imkerbund





SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

26.05.2023

„Stand Aktivitäten der Ökomodellregionen“

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Juni 2023

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

im April 2021 rief die damalige Landesregierung zum ersten Mal einen Wettbewerb aus, um drei Ökomodellregionen in NRW zu etablieren. Damit sollte die Zielsetzung eines 20-prozentigen Anteils an ökologischem Landbau im Rahmen der NRW-Nachhaltigkeitsstrategie erreicht werden. Zu den damaligen Gewinnern „Bergisches Rheinland“, „Kulturland Kreis Höxter“ und „Niederrhein“ gesellten sich im vergangenen Jahr die Region „Münsterland“ und der „Mühlenkreis“.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Stand Aktivitäten der Ökomodellregionen“ zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Juni 2023. Dieser Bericht soll u.a. die folgenden Fragen beantworten:

1. Welche Aktivitäten der Regionen sind in Planung, bzw. wurden bereits umgesetzt? Bitte aufgeschlüsselt nach Regionen
2. Wie ist der Mittelabruf in den einzelnen Ökomodellregionen? Bitte aufgeschlüsselt nach Verwendungszweck
3. Wie hoch ist der finanzielle Anteil der Förderung an den benötigten Kosten? Gibt es Finanzierungslücken bzw. wurden Projekte aus finanziellen Gründen wieder verworfen?
4. Wie hat sich der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Landfläche in den Regionen seit Beginn der Förderung entwickelt?
5. Plant die Landesregierung, weitere Ökomodellregionen zu schaffen?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



6. Inwieweit werden die Aktivitäten der Ökomodellregionen evaluiert bzw. inwieweit besteht eine Anbindung zwischen Ökomodellregion und zuständigen Ministerien?
7. Welche Erkenntnisse liegen bislang vor?
8. Wie plant die Landesregierung, die Öko-Modellregionen, gemäß der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, stärker zu unterstützen?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24.05.2023

**„Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für die NRW-Milchviehbetriebe“
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten
und ländliche Räume am 7. Juni 2023**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Kölner Express meldete am 25. Mai 2023, dass der traditionsreiche Stammbetrieb der Milchwerke Köln/Wuppertal an der Geldernstraße in Köln Ende Oktober 2023 geschlossen wird. Das hat die Unternehmensgruppe Theo Müller tags zuvor bekanntgegeben.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für die NRW-Milchviehbetriebe“ zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Juni 2023.

Dieser Bericht soll u.a. die folgenden Fragen beantworten:

1. Wie viele landwirtschaftlichen Betriebe sind von dieser Schließung betroffen? Welchen Anteil der NRW-Milchproduktion repräsentieren diese Betriebe?
2. Welche rechtlichen Probleme und Konsequenzen ergeben sich für die anliefernden Milchbetriebe?
3. Welche Alternativen haben nach Einschätzung der Landesregierung die anliefernden Milchbetriebe nach der Schließung der Tuffi-Molkerei?
4. Welche Initiativen plant die Landesregierung bis zur endgültigen Schließung, um den betroffenen Betrieben zu helfen?
5. Welche Molkereien mit welchen dazugehörigen Einzugsgebieten für Milchlieferanten existieren in Nordrhein-Westfalen? Bitte um Übersicht aller Betriebe und der Zahl ihrer bäuerlichen Lieferanten.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



6. Welche Konsequenzen hat die Schließung für die Pläne der Landesregierung zur Regionalisierung der landwirtschaftlichen Produktion?
7. Inwiefern plant die Landesregierung, regionale Verarbeitungsstrukturen im Milch- und anderen Produktionsbereichen zu unterstützen, um einen möglichen Wegfall von großen Verarbeitern zu kompensieren?
8. War der Landesregierung die anstehende Schließung der Tuffi-Molkerei bekannt und welche Kontakte hat sie zur Geschäftsführung der Molkerei?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL

Richtigstellung zu TOP 9 des AULNV vom 07.06.2023

Zur 18. Sitzung des AULNV am 07.06.2023 wurden in der mündlichen Aussprache zu TOP 9 „Schließung Tuffi-Molkerei – Konsequenzen für die NRW-Milchviehbetriebe“ Details zu Molkereien erfragt, die Milch von nordrhein-westfälischen Milcherzeugern annehmen. In der Antwort der Landesregierung wurden Veränderungen bei einzelnen kleineren Molkereien erläutert. Dabei wurde fälschlicherweise berichtet, dass die Molkerei Wiesehoff im letzten Jahr in Zahlungsschwierigkeiten geraten sei und die Milcherzeuger an die Molkerei Schwälbchen liefern. Richtig ist, dass die Wiehengebirgs-Molkerei Mitte des Jahres 2022 von Zahlungsschwierigkeiten betroffen war und die Milcherzeuger mehrheitlich von der Molkerei frischli Milchwerke GmbH übernommen wurden.

Eine korrigierte Aufstellung zu Molkereien mit Milchanlieferung von nordrhein-westfälischen Milcherzeugern zeigt die nachfolgende Tabelle:

Arla Foods GmbH
DMK Deutsches Milchkontor GmbH
frischli Milchwerke GmbH (WIEMO Wiehengebirgs-Molkerei)
Fude + Serrahn Milchprodukte GmbH & Co. KG (Molkerei Wiegert)
Hochwald Foods GmbH
Moerser Frischeprodukte GmbH & Co. KG
Molkerei Söbbeke GmbH
Privatmolkerei Naarmann GmbH
Sahnemolkerei H. Wiesehoff GmbH
Upländer Bauernmolkerei GmbH



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

26.05.2023

**„Einführung einer Rohstoffabgabe“
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten
und ländliche Räume am 7. Juni 2023**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie man dem Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung entnehmen kann, plant die Koalition die Einführung einer Rohstoffabgabe auf Kies und Sand bis zum 1. Januar 2024. In dem Abschnitt im Koalitionsvertrag auf Seite 45 steht: „Umweltlenkungsabgaben können als marktwirtschaftliches Instrument umweltschädlichen Ressourcenverbrauch wirtschaftlich unattraktiv machen und Finanzmittel zur Sanierung und Entwicklung umweltfreundlicher Alternativen generieren. Deshalb werden wir eine Rohstoffabgabe spätestens zum 1. Januar 2024 einführen und diese auf Kies und Sand beschränken.“ Zugleich berichtete der WDR in seiner Sendung Westblick am 23. Mai 2023 über die sich bereits abzeichnende Diskussion zum Thema Rohstoffabgabe.

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Einführung einer Rohstoffabgabe“ zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Juni 2023.

Dieser Bericht soll u.a. die folgenden Fragen beantworten:

1. Wie ist der Zeitplan für die Einführung einer Rohstoffabgabe?
2. Sieht die Landesregierung Hindernisse bei der Verfassungsmäßigkeit einer solchen Sonderabgabe?
3. Wie plant die Landesregierung die Ausgestaltung dieser Abgabe? (u. a. Höhe der Abgabe, Verfahren usw.)

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



4. Wie wird sich der Preis von einer Tonne Kies oder Sand durch die Einführung einer Rohstoffabgabe verändern?
5. Sieht die Landesregierung bei Einführung einer Rohstoffabgabe Jobs in NRW in Gefahr?
6. Wohin sollen die Einnahmen der Rohstoffabgabe fließen?

Mit freundlichen Grüßen



René Schneider MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

24.05.2023

**„Stellen Nutrias eine Gefahr für die NRW-Deiche dar?“
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten
und ländliche Räume am 7. Juni 2023**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Nutrias sind heute in NRW flächendeckend vorzufinden. Zahlreiche Berichte weisen darauf hin, dass die Nagetiere Deiche zerstören und ganze Schilfgürtel wegfressen. Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zum Thema „Stellen Nutrias eine Gefahr für die NRW-Deiche dar?“ zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 7. Juni 2023.

Dieser Bericht soll u.a. die folgenden Fragen beantworten:

1. Welche Erkenntnisse, Studien oder Forschungsergebnisse hat die Landesregierung über den Stand der Nutriapopulation in NRW?
2. Erhebt die Landesregierung Schäden, die durch Nutrias an Deichen verursacht werden?
3. Wie hoch schätzt die Landesregierung den durch Nutrias erzeugten Schaden in NRW ein?
4. Welche Initiativen hat die Landesregierung bislang unternommen, um die Nutriapopulation zu regulieren? Mit welchen Organisationen, Verbänden und Behörden steht die Landesregierung hierzu in Kontakt?

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



5. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Nutriabekämpfung in den Niederlanden und welche Maßnahmen lassen sich dabei auf NRW übertragen?

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL